

Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis pro Quartal 80 J. Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 18. Mai 1901.

Inserate die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum 50 J. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Entpoldstraße Nr. 2.

Inhalt: Die Zollkampagne. — Der Minister des Zentralverbandes. — Maschinenfrage und Gewerkschaft. — Zur Generalversammlung des D. M. A. V. — Mitteilungen aus der Metall-Industrie. — D. M. A. V.: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — An die Verwaltungsstellen in Thüringen. — Rundschau. — Aus anderen Berufen u. — Literarisches.

Zur Beachtung.

Zug ist fernzuhalten:

- von Hauschlossern nach Solingen; von Feltenbauern nach Brandenburg a. Havel (Rabisch), nach Hielefeld (Bimmermann) u. nach Brackwede (Artois) D., nach Büttelshausen, nach Hamburg und Harburg Str., nach Straßburg (Grünberger) u. nach München (Kobel u. Co.); von Feingoldschlägern nach Dresden, Nürnberg (besonders von der Werkstatt v. Mörkel, Schulgasse 44) und Schwabach (besonders von der Werkstatt M. Härtner); von Formern nach Adersleben (Maschinenbau-A.G.), nach Essen a. Ruhr (Stern, Stolle, Wolf) u. nach Freising in Bay. (Schülein), nach Gollar, nach München (Hollzner) u. nach Niederschlema i. S. (Tolle) u. nach Heilbronn (Boje u. Co.) u. u., nach Pottbus (R. Welt), nach Meidensels-Lambrecht (Hemmer); von Klempnern (Flaschener, Sprengler) nach Danzig u. nach Harburg a. Elbe u.; von Maschinenbauern nach Frankenthal (Bettinger u. Halle) Str., nach Böln-Indenthal (H. L. Metallwerke) u., nach Pletthau (Vandwirtschaftliche Maschinenfabrik A. Seynigt), nach Aur-Bodan (Voreuz und Co.) u., nach Bremerhaven (G. Seebed), nach Niedersiedlich (Elektrizitätswerke, A. G., vorm. D. L. Kummer u. Co.); von Metallschlägern nach Schhausen u.; von Nadelmachern nach Chemnitz-Pappel; von Schleifern nach Böln-Indenthal (H. L. Indenthaler Metallwerke) u.; von Schmieden nach Schönebeck a. E. (Anip u. Beenen, Düseisenfabrik); von Werftarbeitern nach Bremerhaven (G. Seebed).

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; A.: Wohnbewegung; U.: Auslieferung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; W.: Mißstände; H.: Lohn- oder Arbeitsreduktion; S.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Die Zollkampagne.

Tausend hungern, Hundert hungern, Behn essen, was schmeckt, Einer schlürft Aupstern und Sekt.

Unser Motto giebt in wenigen poetischen Strichen ein Bild der Dinge, wie sie heute sind. Tausend hungern, damit 11 ein verschwenderisches Leben führen können. So ist es jetzt und noch schärfer sollen diese Gegensätze werden durch die von den Agrariern angestrebten Wucherzölle. Deren Durchsetzung scheint sich aber nach allen Beobachtungen doch nicht so glatt vollziehen zu wollen, wie die professionsmäßigen Volksfeinde und Volksausungerer erwarten mochten. Der Entwurf eines neuen Zollgesetzes ist offenbar noch nicht fertig, auf keinen Fall wird er dem Reichstag noch in der jetzigen Session zugehen. Inzwischen kann die Sache auch anders liegen. Der Tarifentwurf kann schon seit einiger Zeit fertig sein, aber man legt ihm dem Bundesrath und Reichstag noch nicht vor und beabsichtigt dies erst später zu thun, um auf dessen möglichst rasche parlamentarische Erledigung dringen und so den Gegnern der Wucherzölle keine Zeit zu einer weiteren allgemeinen und mächtigen Volksbewegung, zu einer durchschlagenden Protestbewegung hoffen zu können. Bei dem Umstande, daß alle in dieser Frage in Betracht kommenden Minister in Berlin und lauter preussische oder mecklenburgische

Sunfer, also Sachwalter der agrarischen Zollwucherer sind, ist das Vorhandensein eines solchen volksfeindlichen Planes durchaus nicht ausgeschlossen. Ob dieser Verdacht nun begründet sei oder nicht, auf jeden Fall ist es geboten, sich stets der drohenden Gefahr bewußt zu bleiben und in der Aufklärung der Arbeiter darüber nicht zu erlahmen.

Wie groß diese Gefahr, das ist jüngst bereits durch eine Veröffentlichung gezeigt worden, wonach der neue Zolltarif folgende Minimalsätze enthalten soll: Für Roggen, Weizen und Hafer 5,50 M., für Mais 2,50 M., für Gerstenaalz 5,50 M., für anderes Malz 8 M., für Hülsenfrüchte 3,50 M., alles per Doppelzentner; für Stiere, Kühe und Kälber 5 M., für Ochsen 9 M., für Schafe 5 M. und für Schweine 8 M. per Doppelzentner Lebendgewicht. Die offiziöse „Nordd. Allgem. Btg.“ in Berlin hatte sich zwar sofort beeilt, die Wichtigkeit dieser Angaben zu bestreiten; allein wenn man die unverschämten Zollforderungen der Agrarier kennt, ferner das versprochene weitgehende Entgegenkommen junckerlicher Minister und endlich den Umstand berücksichtigt, daß sich fast immer offiziös dementirte Nachrichten später als wahr erwiesen, so darf man auch als sehr wahrscheinlich annehmen, daß in der That die obigen Sätze als Minimalvorschlüge in dem Tarifentwurf figuriren. Dann aber würden die Getreidezölle mindestens um 2 M. erhöht und dadurch eine fünfköpfige Familie mit 20 M. Steuer belastet werden; insgesammt aber würde sie bei einem jährlichen Durchschnittsverbrauch von 4 Zentner pro Kopf eine Zolllast von 55 Mark zu Gunsten der Sunfer und ihrer bürgerlichen Mitinteressenten zu tragen haben. Das heißt, die Nachkommen der ehemaligen Kautritter und heutigen Faulenzen, die gegenwärtig schon vom Aermsten einen Jahretribut von 7 M. allein an Brotzoll ziehen, wozu noch verschiedene andere Zolltribute kommen, würden in Zukunft noch mehr und mit noch viel größerem Erfolge die Taschen der Konsumenten plündern, um noch großartiger und verschwenderischer leben zu können, als heute, um noch reichlichere materielle Mittel zur Befestigung und Stärkung ihrer Herrschaft und politischen Machtstellung zu gewinnen und um endlich andererseits das arbeitende Volk in noch tieferem Elend zu erhalten, seine Widerstandsfähigkeit und Freiheitsbestrebungen niederzuhalten, denn wirtschaftliche Armut hat Schwächung der moralischen Kraft, Muthlosigkeit und Verzicht auf höheres, ideales Streben zur Folge.

Wie fast genau um den Zollbetrag der Getreidepreise höher, ist durch eingehende Untersuchungen und Vergleiche schon längst wissenschaftlich festgestellt worden. Die Agrarier bestreiten mit gewohnter Abgebrühtheit diese Thatsache und behaupten, daß der Zoll vom Ausland getragen wird, allein die Behauptung kann nach den Ergebnissen der letzten zwanzig Jahre nicht mehr aufrecht erhalten werden. Es betrugen z. B. die Preise für eine Lonne Weizen nach den Zusammenstellungen des Prof. Conrad in Halle a. S.:

Table with 4 columns: Location (London, Berlin, Berlin more), Year, and Price (M.).

In Berlin steht also stets der Preis ungefähr um den Zollbetrag höher als in London. Allerdings sinkt der Preis auch im Gebiete des Zollschutzes, sobald er auf dem Weltmarkt sinkt, wie die vorstehende Tabelle zeigt; aber er steht im Zollgebiete stets höher, als auf dem Weltmarkt, wie gleichfalls obiger Vergleich zeigt. Und darauf kommt es an. In Berlin sind die Weizenpreise von 1879/83 bis 1899 um 50 Mark gestiegen, in London aber um 80 M.

Da in dem vorstehenden Vergleiche Berlin der englischen Metropole gegenübergestellt ist, so sei hier gleich bemerkt, was der bestehende Zoll und jede weitere Erhöhung desselben für die Reichshauptstadt bedeutet. Bei einer Einwohnerzahl von 1,884,000 zählt die Berlinerbevölkerung heute bei dem 3,50 M.-Getreidezoll einen jährlichen Tribut von 13,188,000

Mark. Jede weitere Mark Zollerhöhung, so führt die Petition der städtischen Behörden an die Regierung um die Ablehnung jeder Zollsteigerung aus, würde Berlin mit 3 3/4 Millionen Mark belasten. Die direkte Belastung würde bei einem Zollsatz von 6 M., 12 M., von 7 M., 14 M., von 8 M., 16 M. pro Kopf betragen. Eine Vertheuerung der nothwendigen Unterhaltungsmittel, wird dazu in der Petition bemerkt, bedroht nicht nur die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sondern auch die Gesundheit der Bürger.

Machen wir die Rechnung für ganz Deutschland, so ergibt sich bei dem bestehenden Zollsatze für die 56 Millionen Einwohner ein jährlicher Tribut von 392 Millionen Mark und bei jeder weiteren Mark Erhöhung des Zolles je ein neuer Tribut von 112 Millionen Mark. Woraus man klar erkennen kann, welsch gute Rechner die Zollwucherer wie alle Wucherer sind.

Wie bereits bemerkt, kommen aber zu den Getreidezöllen noch die anderen Lebensmittelzölle. So wird Butter heute schon um 16 Pfg. per Kilo durch den Zoll vertheuert, Salz um 13 Pfg., Fleisch um 15 bis 17 Pfg., Käse um 15 Pfg., Schmalz um 10 Pfg. usw. Bei einem Fleischverbrauch von 40 Kilo pro Kopf wird die Vertheuerung des Fleisches allein mindestens 6 M. im Jahre, pro Familie 30 M., für die Gesamtbevölkerung 336 Mill. Mark ausmachen.

Kurz, der Gesamtbetrag der finanziellen Last, die um der imaginären (eingebildeten) Rettung der Landwirtschaft willen dem deutschen Volke bereits aufgelegt ist, oder noch aufgelegt werden soll, dürfte sich von einer Milliarde Mark im Jahre nicht weit entfernen. 100 M. im Jahre sollen auch der ärmsten Arbeiterfamilie im Jahre erpreßt werden, damit ein Häufchen Drohnen, darunter die Reichiten der Reichen, ihre Profite vermehrt sehen!

Aber, so entgegen die agrarischen Zollwucherer, die Löhne werden um den Betrag des Zolles steigen. Wird der Zoll nicht vom Ausland getragen, so doch auch nicht von den Arbeitern, sondern vom industriellen Kapital. Dieses aber ist sehr wohl im Stande, einen derartigen Ueberlaß zu ertragen.

Mit dieser Frage beschäftigt sich auch Karl Kautsky in seiner neuesten Schrift über „Handelspolitik und Sozialdemokratie“. Er bemerkt dazu zunächst ganz richtig, daß das Steigen der Löhne infolge der Zollerhöhung sehr zweifelhaft sei. Diejenigen, die es behaupten, mögen sich vielleicht auf das eherne Lohngesetz berufen. Aber auch dieses besagte nicht, daß die Löhne mechanisch der Bewegung der Lebensmittelpreise folgen. Dieses Gesetz nahm vielmehr an, daß, wenn die Preise der Lebensmittel steigen, dadurch so viel Elend in der Arbeiterbevölkerung hervorgerufen wird, daß ihre Zahl sich durch Vermehrung der Sterbefälle, Zunahme der Auswanderung und Abnahme der Eheschließungen so lange verringert, bis der Rückgang im Angebot von Arbeitskräften die Löhne wieder hebt. Also auch die Lehre vom ehernen Lohngesetz erwartet als Folge der Steigerung der Lebensmittelpreise zunächst ein Zunahme von Noth und Elend in der Arbeiterklasse.

Nun wissen wir aber, daß das eherne Lohngesetz falsch ist. Die Schwankungen im Lohn vollziehen sich in viel kürzeren Zeiträumen, als es annahm, sie werden bewirkt einestheils durch die Schwankungen im Angebot und Nachfrage, wie sie der Wechsel von Prosperität und Krise erzeugt und andererseits durch Veränderungen in den Machtverhältnissen von Kapital und Arbeit, die durch gewerkschaftliche Organisation, Arbeiterschutzesetze, Unternehmerkoalitionen und dergleichen erzeugt werden.

In keiner dieser Beziehungen wird die Lage der Lohnarbeiterschaft durch die Lebensmittelzölle verbessert. Sie fördern nicht die Entwicklung der Produktion, sie hemmen diese vielmehr, sie haben aber auch nicht die Kraft der Arbeiterkraft. Sie sind untig verwachsen mit dem ganzen Schutzollsystem, das, wie wir schon gesehen, gerade die Unternehmerverbände begünstigt und den Arbeitern feindselig gegenübertritt, die Staatshilfe für die ausbeutenden Klassen auch der Arbeiterkraft gegenüber anruft. Gerade die

Brotwucherer gehören zu den entschiedensten Vertretern jener Politik, die der deutschen Arbeiterklasse das Sozialistengesetz brachte, die sie mit dem Zuchthausgesetz bedrohte und die erst jüngst wieder in gewissenloser, verbrecherischer Weise die That eines Bremer Spionens zu neuer Schamfächererei benutzte, um ein neues Ausnahmegesetz gegen die deutsche Arbeiterklasse zu erschwindeln und zu erschleichen. Jede Stärkung der Agrarier bedeutet eine Schwächung der Arbeiterklasse.

Auf der anderen Seite aber ist die deutsche Industrie Exportindustrie; sie hat auf dem Weltmarkt ihre Stellung zu behaupten, sie hat mit den Preisverhältnissen des Weltmarktes zu rechnen. Sie wird sich daher gegen jede Lohnerhöhung entschieden wehren, welche die Arbeiter infolge einer Erhöhung der Lebensmittelzölle fordern. Auch hier wirkt der agrarische Zoll dahin, alle jene Industriellen, die sich mit ihm abfinden, umso lauter nach staatlicher Unterstützung der Arbeiterorganisationen schreien zu lassen.

Von welcher Seite man die Agrarzölle auch betrachten mag, schließt Kautsky seine bezüglichen Betrachtungen, von jeder zeigen sie ein der Arbeiterschaft feindseliges Gesicht.

Und darum fort mit den Wucherzöllen und nieder mit den Zollwucherern!

Der Minister des Zentralverbandes.

Ein Ministerwechsel hat in Preußen stattgefunden; dieser Vorgang, der in allen Kreisen der Kleinen und großen Philister und Bierbankpolitiker große Erregung hervorgerufen hat, berührt uns wenig. Wir bleiben dabei ruhig, weil eben ein Ministerwechsel für die Arbeiterschaft im Allgemeinen nichts besagt. Freilich besagt er auch für andere Kreise — ausgenommen die, die hohen und höchsten Herrschaften nahe stehen — nicht viel, da nach wie vor mit einem persönlichen Regiment gerechnet werden muß. Das schließt nicht aus, daß ein verantwortlicher Minister in seinem Ressort nicht auch Gutes schaffen kann, wenn — er will. Wir wollen an dieser Stelle uns nicht mit den politischen Beweggründen des Ministerwechsels befassen, denn uns interessiert lediglich der neue Handelsminister, der fortan an Herrn Brafelds Stelle in Sozialpolitik machen, besser gesagt: nicht machen wird.

Politisch betrachtet ist die konservative Partei die reaktionärste, wenn daher an Stelle eines Parteigängers dieser reaktionärsten aller Parteien ein national-liberaler Reichs- und Landtagsabgeordneter rückt, müßte man Ursache haben, sich zu freuen. Die Arbeiterschaft Deutschlands kann sich Freudenausbrüche erlauben, reaktionärer in der Sozialpolitik, wie Czjellenz Möller, kann auch ein konservativer Minister nicht sein.

Mit der Ernennung des Großkapitalisten Möller zum Handelsminister hat das absolute Regiment einen Krampf angepielt, der verrät, daß man auf das Empfinden weiter Volkstheile keine Rücksicht nimmt. Herr Möller ist einer der Bevollmächtigten des Zentralvereins Deutscher Industrieller, der jede Kontarranz schlagenden, arbeitserfreundlichen Gesellschaft in Deutschland. Nach der 12,000 Mk.-Affäre waren für die Reichsregierung, die angeblich über den Parteien stehen soll, genügend Gründe vorhanden, daß Alles vermieden wird und vermieden werden muß, was den Ansehen erwecken könnte, als läge in einer solchen Handlung einer verantwortlichen Regierungsstelle System. Man hat das nicht gethan, im Gegenteil hat man befördert, eben durch die Ernennung des Großkapitalisten Möller zum Handelsminister, daß künftig die Interessen des Zentralverbandes Deutscher Industrieller in Regierungsmaßnahmen Ausdruck finden werden. Nachdrücklicher konnte die Lösung: für den Kapitalismus, für das Unternehmertum, gegen alle Arbeiterinteressen, wahrlich nicht befördert werden.

Herr Möller ist mehrjähriger Fabrikbesitzer; ferner gehört er dem Aufsichtsrath der Aktiengesellschaft für Kohlendestillation in Pulnau, sowie dem Aufsichtsrath der Viefelsfelder mechanischen Weberei und der Ravensberger Spinnerei an. Er ist ferner in der Verwaltung der Union, Versicherungs-Gesellschaft zu Berlin und des Deutschen Anker, ebenfalls in Berlin, und dann ist er Vorsitzender des Aufsichtsraths der Westfälischen Bank in Viefelsfeld. Mehr kann ein Handelsminister, um Garantien zu geben, daß er von der Arbeiterlage etwas versteht und diese jederzeit bessern wird — nicht sein.

Wie sehr Herr Möller für die Arbeiter und deren Wohlergehen besorgt ist, dafür nachstehend Beweise. Am 19. November 1892 sagte er nach einem Bericht der Rhein.-Westf. Zg. in einem Vortrag über das Sonntagsgesetz:

Für die zahlreicheren Beschäftigten sei das Gesetz beziehungsweise die Einführung der Schäfte zu 2 Uhr Nachmittag eine große Erleichterung.

Der Schaden, welcher der Industrie durch die Sonntagsruhe zugefügt werde, treffe in erster Linie allerdings die Fabrikhaber, in geradezu barbarischer Weise aber auch den Arbeiter. Es sei deshalb zu hoffen, daß das Bestreben der Großindustrie, ernste Schäden abzuwenden, von Erfolg begleitet sein werde. Nebenher werde an seinem Theil es als seine erste Pflicht betrachten, in diesem Sinne thätig zu sein. Gerade in jetziger Zeit solle man sich doppelt besinnen, ehe man den Arbeitsvordienst schmälere und die Konkurrenzfähigkeit der Industrie dem Auslande gegenüber lahm lege.

Auch von einem Maximalarbeitsstag für erwachsene männliche Arbeiter will Herr Möller nichts wissen. Zu einem Antrag, den die freikonservative Partei im preussischen Landtag gegen den Achtuhrladenschluß eingebracht hatte, erklärte er:

Gegen eine Beschränkung des erwachsenen männlichen Arbeiters bin ich von jeher gewesen und werde es auch bleiben. Es ist eine absolute Nothwendigkeit, daß wir hier die Freiheit aufrecht erhalten wollen, und nur bei unsren Herren Sozialpolitikern hat sich die Ansicht herausgebildet, daß die Freiheit nicht nothwendig wäre. . . . Wollen wir den Maximalarbeitsstag bei Männern einführen, so führen wir eine der grausamsten Maßregeln ein, die die Leute verhindert, sich von unten herauf zu arbeiten. Gegen den Maximalarbeitsstag für Männer werde ich stets sein. . . . Ich würde es für einen gewaltigen sozialpolitischen Fehler halten, wenn man den fleißigen Leuten, die sich durch Ueberarbeit heransarbeiten wollen, die Möglichkeit nähme.

Am 16. Juni 1896 verhandelte der preussische Landtag über den Antrag, die Bäckerei-Verordnung nicht in Kraft treten zu lassen. Herr Möller war Fraktionsredner und gab seiner „scharfen Mißbilligung“ und auch der seiner Freunde Ausdrück, denn die Arbeit in Bäckereien ist bekanntlich nicht gesundheitschädlich.

Die neuerdings veruchte Unterbindung der Selbstverwaltung der Krankenkassen findet in Herrn Möller einen eifrigen Förderer. In der Ausschlußsitzung des Zentralverbandes deutscher Industrieller am 25. Mai 1897 äußerte er:

Ich will nur ein paar ganz kleine Ergänzungen geben zu dem, was der Vortredner (Sendz) gesagt hat. Meine Herren, das betrifft zunächst die Frage wegen der Zurückdrängung der Karenzzeit von 13 auf 4 Wochen und der Remedur, die nachher die Kommission daran gemacht hat, indem sie allerdings die Karenzzeit nicht zurückgegränzt hat, wohl aber ihnen die Kosten größtentheils aufbürdet. Dabei habe ich schon mit verschiedenen Reichstagsmitgliedern darüber gesprochen, es hat aber in der Kommission keine Beachtung gefunden, und das wäre absolut nöthig gewesen — daß Bestimmungen darüber getroffen werden, daß die Krankenkassen den Berufsgenossenschaften nicht mehr an ärztlichen Kosten liquidiren können, als sie nach ihren Beiträgen nur den Ärzten selbst zu zahlen haben würden. Es liegt sonst die schwere Gefahr vor, daß bei den zahlreichen sozialdemokratisch organisierten Klassen, die ja ohnehin die Ärzte vollständig unter der Fuchtel haben, so daß, wie ich meine, im Reichstage unwillkürlich geäußert worden ist, es Krankenkassen gebe, die den Ärzten auferlegen, von ihren Gebühren, die sie von den Klassen beziehen, 25 Prozent an die sozialdemokratische Partei abzuführen. (Bewegung und Hört! Hört!) Also, wenn derartige Dinge schon passiert sind, dann würden wir höchstwahrscheinlich zu erwarten haben, daß, wenn wir nicht Sicherheit eintreten lassen, die Krankenkassen-Vorstände in der gewissenlosesten Weise den Ärzten dafür, daß sie billiger ihre Kassengeschäfte betreiben, die Schröpfung der Berufsgenossenschaften freistellen. (Sehr wahr!) Also nach dieser Richtung hin muß irgend eine Sicherheit gegeben werden.

Den Beweis für diese Behauptungen hat Herr Möller bis heute noch nicht erbracht.

Herr Möller gehört auch zu den Brotwucherern, das versteht sich am Rande. Ueber eine Rede, die am 20. April 1901 Herr Möller vor seinen Wählern hielt, sagt der Bericht:

Bezüglich der Frage der Einführung eines Doppeltarifs (Maximal- und Minimaltarifs), wie er von gewisser Seite verlangt werde, erörterte Herr Möller die Vor- und Nachteile desselben, welche letztere nach seiner Ansicht überwiegen, da dieser Tarif sowohl die Interessen der Regierung aufbehalte und diese in ihrer Bewegungsfreiheit hemme. Einen Doppeltarif, wie ihn die Agrarier fordern, halte er deshalb für ungewollt. In gewisser Hinsicht sei er aber auch für Festlegung eines Minimaltarifs für bestimmte Objekte, z. B. Broigetreib, Vieh und Fleis, nicht weil er dieses System für das richtige

halte, sondern weil er das Zustandekommen eines Tarifs für ausgeschlossen erachte, wenn den Agrariern nicht eine gewisse Gewähr geleistet werde. An langfristigen Handelsverträgen sei unbedingt festzuhalten, dies sei für uns geradezu eine Lebensfrage.

Die in Preußen dominierende Junker Sippe wird Herrn Möller ohne Schwierigkeiten schon so denken lernen, wie es ihr paßt.

Verhaßt sind Herrn Möller die Arbeiterorganisationen, er kennt keine größere Gefahr für den Fortbestand des kapitalistischen Reichs. Stets war er bemüht, den Ausbau des Koalitionsrechtes zu verhindern. Ausnahme- und Zuchthausgesetze sind ihm Altheilmittel. Das Scheitern der Zuchthausvorlage, aus der nach seiner Ansicht der gute Kern herausgeschält werden mußte, bedauerte er noch am 20. April ds. Jrs. Und 1892 sagte Herr Möller in Düsseldorf:

Gegen die Umsturzvorlage, wie sie gebracht wurde, waren schon Anfangs erhebliche Bedenken vorhanden; ich meine eben das Ergebnis, welches die Kommissionsberathung gehabt hat, braucht uns in keiner Weise zu betrüben. Wenn, wie ich hoffe, der Erfolg der sein wird, daß schließlich, wenn die Vorlage in der Kommissionsfassung Annahme findet, die Regierung die Vorlage nicht zum Gesetz werden läßt, so wird eins aus diesen Verhandlungen hervorgehen, nämlich, daß, wenn man gegen die Umstürzler vorgehen will, das heißt, gesetzlich, dies nicht im Wege der ordentlichen Gesetzgebung geschehen kann, sondern dann der einzige vernünftige Weg der der Ausnahme-gesetzgebung sei.

Nach wie vor ist die deutsche Arbeiterschaft auf sich selbst angewiesen und — das ist gut so. Daß die Arbeiter dem neuen Handelsminister nicht trauen, darüber wird er nicht lange im Zweifel gelassen werden. Kampfbereit steht die Arbeiterschaft da, vertrauensvoll auf die gute Sache, sie wird auch mit dem neuen „Herrn“ fertig werden.

Maschinenfrage und Gewerkschaft.

Die vieler Anträge zum 4. Gewerkschaftstongreß sind sicherlich von Vielen gleich mit begriffen worden. Sie geben Gelegenheit, Selbstkritik an gewissen Erscheinungen zu üben, die in der modernen Arbeiterbewegung an die Stelle der Solidarität aller Proletarier den Egoismus einzelner Berufsgruppen setzen möchten. Hossen wir, daß die in erster Linie von der Kritik betroffene Gewerkschaft, da sie sich gern als Elitegruppe der deutschen Arbeiterschaft bezeichnen läßt, um auch ihre verfehlte Politik in der Maschinenfrage bald begreift und sie ändert. Das ist um so wünschenswerther, als in der in Nr. 19 angeführten vieler Maschinenmeisterfrage der Vorsitzende des Buchdruckerverbandes, Döblin, den Lehrjah aufstellte: „Pflicht jeder Organisation ist es, ihren Mitgliedern die Arbeitslegenheit nicht beschränken zu lassen.“ So ungefähr sagt's der Agrarier, der Schlabaron, der Bünfler auch, wenn er für Schutz der nationalen Arbeit, Kornzölle usw. zu Gunsten seiner Klasse plaidirt; ob die Zugehörigkeit durch Geburt, Selbstbeil oder 4 Lehrjahre erworben wird, ist dabei nebensächlich.

Für die Lehrlingsfrage stellt der vieler Antrag die zutreffende Richtschnur auf: Garantie für gründliche Ausbildung der Lehrlinge, keinerlei sonstigen, künstlichen Beschränkungen. Inbezug verlohnt es kaum, sich über diese Frage zu erheizen. Der in dieser Beziehung dokumentirte Materialismus im Gewerkschaftswesen muß vor den ökonomischen Faktoren, vor Allen vor der immer rastenden Entwicklung der Technik bald selber kapituliren. Man erinnere sich nur des Hanauer Diamantschleiferstreits, betrachtet durch die Weigerung der Schleifer, Lehrlinge anzunehmen. Ähnlich günstige Bedingungen für einen erfolgreichen Kampf wie in Hanau dürften ein zweites Mal nicht wiederkehren. Die deutsche Diamant-Industrie fast gänzlich auf diesen einen Platz konzentriert, die Arbeiter glänzend organisiert, Ertrag durch Ungerlehrte unmöglich, ausgiebige materielle Unterstützung durch das andere Zentrum der Diamantschleifererei: Auspöckel! Und nach fast einjährigem, zähem Kampfe, in dem fast kein Abtrümmiger zu verzeichnen war, dennoch Niederlage und Lahmlegung der Organisation!

Thatsächlich sind es denn auch neben wenigen kleinen Spezialbranchen in Deutschland nur die Buchdrucker, die von der Beschränkung der Lehrlingszahl Heil erwarten. Für das Buchdrucker-gewerbe sehr erklärlich. In den Druckmaschinen hat ein Lehrling für den nächsten und rationalen rechnenden Prinzipal wenig Werth; die praktischen Amerikaner verwenden z. B. nicht einmal die billigeren weiblichen Arbeitskräfte zum Wogenanlegen. In der Secherei aber stimmte der Lehrlings-Satellit nur so lange, als man annehmen durfte, daß die seit 100, 200 Jahren ganz unveränderte Arbeitsweise des Handsechereis nie maschinell ersetzt werden könne. Das ist heute, wo ca. 9000 Sechmaschinen laufen, ein überwindener Standpunkt. Eine Sechmaschine ist für den Unternehmer rationeller als 10 Lehrlinge; gegen letztere kann Einspruch erhoben werden — gegen den Siegeslauf der Maschine, gegen vollendete Technik und verbilligte Produktion sich auf die Dauer erfolgreich anzulehnen, dazu ist weder der Buchdrucker noch irgend ein anderer Verband stark genug.

Einschneidend ist m. E. die Monopolfrage an Maschinen. Kollege Quist hat dieselbe an Hand der vieler Vorgänge unter dem Gesichtspunkt der Gewerkschaft und der allgemeinen Arbeiter-Solidarität, also sozusagen von der moralischen Seite ausführlicher beleuchtet. Nicht weniger wichtig aber ist die seither noch unerörtert

gelassene technische und kulturelle Seite der Frage. Auch für diese beiden fehlt es nicht an einem lehrreichen, dem Leserkreis dieses Blattes nahestehenden Beispiel: Die englischen Maschinenbauer.

Eduard Bernstein giebt im Januar-Heft der „Sozialistischen Monatshefte“ eine hochinteressante Uebersicht über die Entwicklung der Amalgamated Society of Engineers seit dem großen Streik. Wir setzen diejenigen Ausführungen Bernsteins, die auf unser Thema direkt Bezug haben, hierher. Bernstein schreibt:

„Im Verhältnis zu dem einstigen Verzweigungskampf der Weber und Spinner wider die Maschine kann man den Kampf der Maschinenbauer gegen die ihnen wirklich oder anscheinend schädliche Technik mit einem Guerillakrieg vergleichen. Keine offene Feldschlacht im großen Stil, kein lehrreicher Versuch, den Gegner zu vernichten, aber dafür hartnäckig wiederholte Versuche, dem Gegner das Vordringen zu erschweren oder durch Ermüdung zu verhindern, — so kämpften die Maschinenbauer gegen die technische Entwicklung, wo sie ihnen nachteilig zu werden schienen. Dieser Kampf konnte so lange mit Erfolg betrieben werden, als England anderen Ländern in der Maschinentechnik voraus war. Er mußte verjagen oder zu einem akuten Zusammenstoß führen, sobald dieser Vorprung von anderen Ländern eingeholt oder gar überholt ward. Er hatte international denselben Effekt, den in vorigen Jahrhunderten auf nationalem Boden die zumstehenden Handwerkerprivilegien hatten: gewisse technische Fortschritte waren nur da möglich, wo die Amalgamated Engineers nichts zu sagen hatten. Die Vereinigten Staaten und Deutschland drohten England zu überholen, zeigten sich ihm in einigen Zweigen überlegen. Und von dem Moment an, wo dies den englischen Fabrikanten zum Bewußtsein kam, ward der Zusammenstoß mit dem Maschinenbauverein unvermeidlich.“

Daß der Streik mit einem Siege der Fabrikanten endete, ist bekannt. „Shipping World“, ein angesehenes, unparteiisches Fachblatt, beurteilte die Situation, die daraus erwuchs, kurzlich folgendermaßen: „Die Gegnerschaft und Widerständigkeit gegen die Einführung mechanischer Werkzeuge ist noch nicht völlig verschwunden; Kräfte wegen Abgrenzung von Arbeiterqualen noch immer Unternehmern und Gewerkschaftsführern; aber beide sind in Abnahme begriffen — sie gehen den Weg des alten Verkehrs der Maschinenbauerei.“

Bernstein präzisirt seine eigene Meinung dahin: „Der Verein der Maschinenbauer hat in der Fundamentalfrage für die Unterscheidung zwischen Voll- und Theilarbeitern schon vor dem Geiste der modernen Industrie kapituliert. Der Vorstoß oder der Tradition nach beruht diese Unterscheidung darauf, daß der Vollarbeiter eine regelrechte Lehre durchgemacht haben soll, und in den Satzungen des Vereins wird denn auch noch die Ablegung einer fünfjährigen Lehrlingschaft als Bedingung für die Aufnahme in den Verein verlangt. Tatsächlich aber hat sich der Verein unter dem Zwang der Verhältnisse genötigt gesehen, auf den Nachweis einer wirklichen Lehrlingschaft zu verzichten und sich mit Ausweisen darüber zu begnügen, daß der betreffende Arbeiter vor abgelaufenem 21. Jahre fünf Jahre in Mechaniker- oder Maschinenwerkstätten als „Lehrling“ gearbeitet habe. In einer wachsenden Zahl von Fällen ist damit die Regel, die den Vollarbeiter auf einer gewissen Höhe qualitativer Leistungsfähigkeit halten soll, soweit die grundlegende Ausbildung in der Werkstatt in Frage kommt, zur Fiktion geworden und bewahrt sich die Beschriftung nur noch als Mittel, durch Satzungen über das Verhältnis der zu haltenden Zahl von „Lehrlingen“ zur Zahl der vollbezahlten Arbeiter der Konkurrenzschranken zu setzen. Das wahre Gegenmittel gegen die Vereinseitigkeit des Arbeiters unter der Mithilfe der durchgeführten Spezialisierung in der Werkstatt besteht heutzutage in der methodischen Arbeitsteilung zwischen Werkstatt und Schule, bezw. Fach- und Fortbildungsschule.“

(Schluß folgt.)

Zur Generalversammlung des D. M.-V.

II. Agitation und Taktik.

Die Hauptaufgabe der Generalversammlung wird aber weniger in dem Ausbau des Unterstützungswezens, als in der Aufstellung bestimmter Regeln und in der Schaffung und Ausgestaltung neuer Einrichtungen über oben genannte Zweige unseres Verbandeslebens zu suchen sein.

Und wenn meiner Meinung nach auch eine klärende Aussprache über die für die Folge bei Streiks und Maßregeln einzuschlagende Taktik auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen als die wichtigste Aufgabe der Generalversammlung bezeichnet werden muß, so wird doch wohl das Hauptinteresse der Generalversammlung auf den Punkt 3 der Tagesordnung gerichtet sein. Nicht zum wenigsten trägt hierzu die verblüffend unvermittelte mitgetheilte Vorlage des Hauptvorstandes bezüglich der Gaueinteilung bei.

Wohl allerorts ist diese Vorlage mit sehr getheilten Gefühlen aufgenommen worden und auch ich muß gestehen, daß ich anfänglich verblüfft war über die geplanten einschneidenden Änderungen unserer Verbandsorganisation. Auch die Größe einzelner Bezirke ist mir aufgefallen — kurz, mein erster Eindruck war der, daß diese Vorlage niemals angenommen werden könne.

Doch Vieles, was einem für den ersten Augenblick vor den Kopf stößt, erscheint bei genauerer und ruhiger Prüfung doch annehmbar und so ist es auch mit dieser Vorlage. Nicht daß ich damit sagen will, ich würde die ganze Vorlage in ihrer jetzigen Form unterschreiben; aber Vieles in derselben ist doch praktischer, als man auf den ersten Blick glauben möchte. Zunächst die Einteilung der Bezirke. Unter allen Umständen gutgeheißen muß werden, daß die Vorlage mit der alten Bezirkseinteilung völlig bricht. Doch ist auch die eingeschlagene Methode nicht einwandfrei. Die Zahl der Gewerbebetriebe und der in diesen beschäftigten Metallarbeiter dürfte meines Erachtens nach nicht allein ausschlaggebend sein für die Abgrenzung der Bezirke, sondern man hätte

auch die Anzahl der im Bezirke vorhandenen Verwaltungsstellen und Mitglieder des Verbandes mit berücksichtigen müssen. Die Beurteilung der Aufgaben des Bezirksvertrauensmannes und damit die Einteilung der Bezirke hängt von diesem Umstande sehr wesentlich mit ab. Ich will nur hervorheben, daß in Bezirken mit vielen Verwaltungsstellen der Vertrauensmann verhältnismäßig wenig Zeit für die Agitation verwenden kann, da die Regelung von Verwaltungsgeschäften, die nötigen Arbeiten bei Differenzen, die größere Anzahl von Streiks, die Schlichtung von Streitigkeiten in einzelnen Verwaltungen und die Vornahme von Revisionen seine Zeit viel mehr in Anspruch nehmen werden, als dies in selbst größeren Bezirken mit nur wenigen Verwaltungsstellen der Fall sein wird. Ist nun aber in zwei derartig verschiedenen Bezirken die Zahl der Nichtorganisirten gleich groß oder gar in dem kleinen Bezirke mit vielen Verwaltungen größer, so liegt ganz klar auf der Hand, daß bei gleichen Kräften die Agitation in dem einen Bezirke gegen den anderen benachteiligt wird. Und doch wird Niemand behaupten wollen, daß in den Bezirken, in denen wir viele Verwaltungen und Mitglieder haben, die Agitation, oder besser gesagt eine stets zur Verfügung stehende agitatorische Kraft des Bewegen nicht eben so noth thäte, als in allen anderen. Im Gegentheil, in solchen Bezirken werden an den Vertrauensmann auch in agitatorischer Beziehung viel mehr Anforderungen gestellt, weil viel mehr Verwaltungen da sind, die auf seine Mithilfe bei ihrer Agitation Anspruch machen. In größeren Bezirken mit weniger Verwaltungsarbeit für den Vertrauensmann wird derselbe systematischer und mehr nach eigenem Plane vorgehen können, während er in Bezirken mit mehr Verwaltungen mehr den Anforderungen dieser genügen muß und nur sehr schwer eine planmäßige Agitation durchführen können. Aus allen diesen Gründen dürfen stark industrielle Bezirke mit naturgemäß vielen Mitgliedern und Verwaltungen nicht zu groß genommen werden. Ein einziges Beispiel wird dies bestätigen. Der erste Bezirk nach der Vorlage umfaßt 45,466 für uns in Betracht kommende Gewerbsthätige auf im Ganzen 91,464 Quadratkilometer Fläche. Der vierte Bezirk ist nur den dritten Theil so groß (30,311 Quadratkilometer), umfaßt aber 157,256 Gewerbsthätige der Metall- und Maschinenindustrie. Ganz richtig hat der Vorstand kalkulirt, wenn der eine Vertrauensmann nur den dritten Teil Metallarbeiter für die Organisation zu bearbeiten hat als da andere, so gleicht sich das dadurch wieder aus, daß diese Leute in seinem Bezirk dreimal so weit vertheilt sind, wie in dem anderen. Die Rechnung ist aber insoweit falsch, als das Arbeitsgebiet des Bezirksvertrauensmannes nicht in der Agitation allein liegt und diese trotzdem nicht vernachlässigt werden darf. Im ersten Bezirke, Ost- und Westpreußen, sind nur circa 1500 Metallarbeiter organisiert, also noch rund 44,000 zu bearbeiten; im vierten Bezirke, Königreich Sachsen und Thüringen, sind circa 18,000 bis 20,000 organisiert, also noch rund 138,000 Nichtorganisirte, die in Betracht kommen. Den Ausschlag gibt aber der Umstand, daß der Vertrauensmann des ersten Bezirkes fast seine ganze Zeit der Agitation widmen kann, weil er noch nicht einmal 10 Verwaltungsstellen in seinem Bezirke hat, während die 84 Verwaltungen des vierten Bezirkes die Zeit des Vertrauensmannes zu nicht direkt agitatorischen Arbeiten derart in Anspruch nehmen dürfen, daß seine agitatorische Thätigkeit dadurch auf ein Minimum beschränkt werden müßte. Rechnerisch verhält es sich mit dem 7. Bezirk (Düsseldorf), der bei 55 Verwaltungsstellen ca. 10,000 organisierte Kollegen gegen 283,000 unorganisierte aufweist, und mit dem 9. Bezirk, der 67 Verwaltungsstellen, rund 8000 organisierte und 156,000 unorganisierte Metallarbeiter hat.

Hier müßte wohl oder übel ein Ausgleich geschaffen werden durch Neueinlegung von zwei oder drei Bezirken, indem der 4. Bezirk getheilt würde, so daß das Königreich Sachsen für sich und die Thüringischen Lande für sich je einen Bezirk bilden würden. Ebenso könnte Düsseldorf in zwei Bezirke getheilt werden. Ferner liege sich der rindliche Theil des 8. Bezirkes (den 8. Bezirk bildet Frankfurt mit 33 Verwaltungsstellen und rund 6000 Organisirten gegen 110,000 Unorganisierte) theils zu Thüringen (das Großherzogthum Hessen) und theils zum Rheinlande (die Regierungsbezirke Trier und Aachen) legen, so daß die bayerische Pfalz und Elsaß zu Frankfurt gelegt und damit der zehnte Bezirk (Stuttgart) ebenfalls verkleinert werden könnte.

Vielleicht prüft der Vorstand, dem ja das einschlägige Material besser zur Verfügung steht, diesen meinen Vorschlag und ändert seine Vorlage in diesem Sinne ab. Denn das steht unzweifelhaft fest, daß die Arbeit für je einen Vertrauensmann in den Bezirken 4, 7 und 10 viel zu groß und hier eine Änderung unumgänglich nothig ist. Es ließe sich ja wohl mit Recht behaupten, daß auch nach der von mir vorgeschlagenen Regulirung noch alle Bezirke viel zu groß seien. Aber der Kostenpunkt ist für einen jeden Bezirk denn doch so bedeutend, daß mit aller Vorsicht vorzugehen werden muß. Daß auch in dieser Beziehung im Laufe der Zeit verbessert werden muß, ist klar. Für den Anfang sind aber nur zwei Wege vorhanden, auf denen sich mit der Zeit das Ziel erreichen läßt, ohne daß man sich den Vorwurf einer zu gewagten finanziellen Operation zuzieht: Entweder man sucht erst ein paar Probebezirke heraus, sammelt in denselben Erfahrungen und vermehrt die Zahl derselben durch Hinzufügung neuer Bezirke von Jahr zu Jahr, oder man theilt Deutschland in eine beschränkte Zahl von Bezirken ein, wie dies die Vorlage thut und vermehrt diese durch Theilung, je nachdem die gemachten Erfahrungen das gestatten. Der Effekt bleibt der gleiche, nur daß die letztere Methode das für sich hat, daß sie erstens jede Bevorzugung irgend eines Bezirkes vermeidet und ferner gleich von Anfang an eine systematische Arbeit in allen Gaue Deutschlands angebahnt wird.

Und nun zum Kostenpunkt. Die im Vorschlage vom Hauptvorstande eingeschlagene Summe von 55—60,000 Mk. erscheint als eine ungewöhnlich hohe Ausgabe für diesen Zweck. Auch denen, die bisher mit den so beschränkten Mitteln Agitation treiben mußten. Aber gerade die Kollegen werden es auch am ersten einsehen, daß diese Summe nicht viel zu hoch gegriffen ist, wenn wirklich Erprobliches geleistet werden soll. Es ist ja richtig, daß es bisher auch so gegangen ist. Aber welche Aufsumme von Aufopferung Einzelner nothig war, wie viel Zeit man von seiner ja meist an sich kurz bemessenen Ruhezeit opfert und damit

direkt seiner Gesundheit abgestohlen hat, wie man trotzdem nur das Allernothdürftigste und das oft nur theilweise berücksichtigen konnte — das alles weiß nur der zu beurtheilen, der selbst mitgemacht hat. Der weiß aber auch, was er von der Meinung jener Kollegen zu halten hat, welche diese Arbeit als „Kunstfertigkeit“ bezeichnen und des Glaubens sind, daß sie nur den Köder einer Kranken- oder sonstigen Versicherung herauszufinden brauchen, um im Großvaterstuhle sitzend mühelos jene Hunderttausende aufnehmen zu können, von denen wir überzeugt sind, daß wir sie nur unter Aufbietung von zahlreichen Opfern an Zeit, Geld und Existenzen allmählich zum Bewußtsein ihrer Klassenlage heranziehen werden.

Diejenigen Kollegen aber, die wissen, mit welcher absoluten Sicherheit das in die Agitation gesteckte Geld sich immer bezahlt macht — wenn wirklich Agitation betrieben wird, für den ist die angegebene Summe keineswegs zu hoch. Rechnet man pro Mitglied 40 Beitragswochen und jeder der 10 oder 12 Bezirksleiter führt dem Verbanne nur 1000 Mitglieder im Jahre zu, so ist diese Ausgabe schon mehr als doppelt gedeckt. Dieses kleine Rechenexempel dürfte überzeugend für jeden sein. Allerdings: organisatorisches und agitatorisches Talent muß der Vertrauensmann besitzen. Die Betreibung der Agitation ist keineswegs so leicht und einfach, wie mancher sich denkt. Es gehören nebst rednerischer Gewandtheit und Menschenkenntniß eine gute Portion Langmuth und Geduld, Unermüdblichkeit und Beharrlichkeit, viel Zeit und vor allen Dingen auch Geld dazu. Auch das Eingreifen bei Lohnbewegungen und Streiks erfordert große Gewandtheit und viele Kenntnisse. Ein geschicktes Auftreten kann hier dem Verbanne oft Tausende von Mark sparen und den Kollegen doch zu ihrem Recht verhelfen. Auch hier ist Erfahrung die Hauptsache. Und so ist mit all den anderen Aufgaben des Vertrauensmannes.

Daraus resultirt aber auch, daß mit der Wahl der Personen zu solchen Posten außerordentlich sorgfältig verfahren werden muß. Ob nun aber bei dem bisherigen Verfahren, bei der Wahl des Beamten durch Stimmenmehrheit, dieser Zweck erreicht wird, das ist sehr zweifelhaft. Allerdings wäre es auch falsch, die Anstellung dieser Beamten ohne weitere Einschränkung in die Hände des Vorstandes zu legen. Schon der Zusammenarbeit halber, hauptsächlich aber deswegen, weil der Vertrauensmann die in seinem Bezirke obwaltenden Verhältnisse genau kennen muß, ist es nothig, den Verwaltungen eines Bezirkes bei der Bestimmung ihres Gauleiters maßgebenden Einfluß zu gewähren. Die Furcht vor der als Schreckgespenst hingestellten „Beamtenhierarchie“ habe ich nicht. Wenn der Hauptvorstand auch vor kurzem einmal in einem wohl unbedachten Augenblick das Wort von einer sogenannten „Nebenregierung“ (die wohl oder übel eine Regierung voraussetzen würde) gesprochen hat, so bin ich fest überzeugt, daß auch unser Vorstand weiß, wie schnell ein kleiner Minister sein großes Portefeuille verlieren kann, wenn er absolutistische Neigungen zu erkennen gibt. Aber auch wir Kollegen dürfen nicht päpstlicher sein als der Papst. Darin liegt der demokratische Charakter unserer Bewegung wahrlich nicht, daß auf alle Fälle die Form gewahrt werden müßte, auch da, wo es offenbar zum eigenen Schaden wäre. Die Bestimmung, wonach der Vorstand die Bezirksleiter anstellen soll, halte ich für richtig, nur glaube ich, daß diese Bezirksleiter nicht selbsterklärend arbeitende Beamte werden sollen, sondern daß es zweckmäßig wäre, ihnen in Gestalt einer Agitationskommission einen ausreichenden Kontrollapparat an die Seite zu stellen. Die Kommission könnte aus Genossen bestehen, die aus der Verwaltung am Sitze des Bezirksleiters gewählt würden.

Muß es aus Vorstehendem für völlig richtig anerkannt werden, wenn die Bezirksleiter nur auf ein Jahr angestellt werden, so halte ich es doch für erforderlich, daß im Statut festgelegt wird, daß die weitere Anstellung vom Hauptvorstand nur nach Zustimmung einer Konferenz des betreffenden Bezirkes vorgenommen werden darf. Wird dies so gehandhabt, so kann man die Anstellung ruhig dem Vorstande überlassen. Es ist dies der beste und sicherste Weg, um tüchtige Beamte an diese verantwortungsvollen Stellen zu bekommen. Und bei der von mir vorgeschlagenen Regelung der Anstellungsverhältnisse ist auch der Befürchtung, als könnte vom Vorstande einseitig über die Köpfe der Kollegen hinweg gehandelt werden, alle Berechtigungen entzogen.

Eine sehr begrüßenswerthe Neuerung ist die in Aussicht gestellte Abhaltung von Berufs-Konferenzen nach Bedarf; die für alle Bezirke gleichmäßige Festlegung der Delegirtenzahl bei Abhaltung von Bezirkskonferenzen ist ebenfalls als Fortschritt zu bezeichnen. Als ein Fehler der Vorlage muß die Bestimmung bezeichnet werden, welche die Abhaltung derartiger Bezirkskonferenzen ganz in die Hände des Bezirksleiters ev. des Vorstandes legen will. Es wird zu erwägen sein, ob die Festlegung periodischer Konferenzen nicht geboten erscheint. Auf jeden Fall aber muß der Bezirksleiter verpflichtet werden, eine Konferenz einzuberufen, wenn ein bestimmter Prozentsatz der Mitglieder seines Bezirkes dies fordert.

Auch die Organisation eines beratenden Ausschusses aus den Bezirksleitern ist im Prinzip gut zu heißen. Aber dieser Ausschuß müßte ein lediglich beratender bleiben und nicht dazu mißbraucht werden, eine unbequeme, aber doch sehr praktische „Nebenregierung“ zu verdrängen. Eine sehr zeitgemäße und wohl von allen Kollegen mit Freuden begrüßte Aenderung bringt die Vorlage in Bezug auf die Vornahme der Wahlen für die Delegirten zur Generalversammlung, die Beseitigung des jetzigen Wahlsystems und die Einführung der Proportionalwahl.

Ueber die Frage der Taktik bei Lohnbewegungen und Streiks heute nur so viel, daß, wenn auch zu einer grundlegenden Aenderung unserer Taktik keine Veranlassung vorliegt, die Erfahrungen der letzten Jahre, insbesondere die in Bezug auf die Maßregelung einzelner Personen hervorgerufenen, meist verloren gegangenen Streiks, Anlaß zu für die Folge bestimmenden Auseinandersetzungen geben dürften.

Auch der Frage des Abschusses von Tarifverträgen wird näher zu treten sein und zwar in der Weise, daß wohl für bestimmte Zweige der Metallindustrie kurzfristige Tarifverträge gut zu heißen sind, die Ausdehnung solcher aber auf die Allgemeinheit der Metallarbeiter oder die Festlegung auf zu lange Zeiträume unter allen Umständen vermieden werden

muss. Auch für die fernere Gestaltung von Abrechnungsstreifen müssen bestimmte Regeln geschaffen werden. Das Bestreben des Vorstandes, solche Streifen möglichst zu verhindern, ist an sich ja begründlich, doch nicht in allen Fällen gut zu heißen. Entschieden zu beurteilen aber ist die Unklugheit mancher Kollegen, sich von dem Strohhalm der Begeisterung einer großen unorganisierten Masse täuschen und Hals über Kopf, ohne richtige Ueberlegung der Sachlage, in den Streit treiben zu lassen. Dieses Strohhalm lobert meist plötzlich empor, wenn der Unternehmer Abzüge vornimmt oder sonst seine Macht fühlen lässt, erlischt aber ebenso plötzlich wieder und das Nachsehen haben in solchen Fällen meist die Verbandskollegen und mit ihnen der Verband.

Außer diesen Hauptpunkten hat die Generalversammlung noch eine Reihe von Anträgen der verschiedensten Art zu behandeln. Als der bedeutendste dürfte wohl der Frankfurter Antrag bezüglich der sozialpolitischen Aufgaben des Verbandes erwähnt werden. Es ist wahrlich an der Zeit, daß diese Frage mit mehr Energie als bisher in Angriff genommen wird. Wer diesem Antrag nur rein theoretischen Wert beimessen wollte, würde fehl gehen; es ist auf diesem Gebiete viel praktische Arbeit zu verrichten.

Mühlhausen i. Th.

Fritz Ehrler.

Altenburg. Die am 4. Mai abgehaltene Mitglieder-Versammlung beschäftigte sich unter Anderem auch mit der Vorstandsvorlage, betr. die Gau-Einteilung. Einsehlich hielt man die Gauseinteilung mit angestellten Gauvertretern wohl für angebracht, aber die einzelnen Gause seien entschieden zu groß bemessen. Die Abwidlung der Geschäfte, die namentlich bei Streiks rasch vor sich gehen müssen, würde darunter leiden. Würde man dem abhelfen, so müsse man kleinere Gause schaffen, was allerdings auch mehr Kosten verursache, die anzuwenden man aber, in Folge des wirtschaftlichen Niederganges wohl erwägen müsse, damit man, wenn andere Anforderungen an den Verband gestellt werden, auch in der Lage ist, denselben gerecht zu werden. Wenn man den Zahlstellen einen größeren Prozentsatz zur Verfügung stellen würde, so könnten manche Zahlstellen sich unabhängige Personen schaffen, und der Belehrung durch Vorträge, Bibliothek usw. könnte mehr Rechnung getragen werden, so daß dem Verband mehr und mit weniger Kosten gebient würde, als wie durch die Anstellung besoldeter Gauvertreter. Von irgend einem Beschluß nahm man Abstand.

Berlin. Die hiesige Verwaltungsjahre hielt am 21. April eine Generalversammlung mit der Tagesordnung: 1. Stichwahlen zum Verbandstag. 2. Diskussion über die zum Verbandstag gestellten Anträge. (Das Resultat der Stichwahlen ist schon in Nr. 17 bekannt gegeben.) Zum zweiten Punkt hielt Kollege Raether das einleitende Referat. Derselbe bezeichnete die Anträge des Vorstandes als diejenigen, die wohl das größte Interesse der Kollegen erwecken würden und für die Organisation von weitgehender Bedeutung sind. Zur Gauseinteilung führt derselbe aus, daß man wohl in den meisten Verwaltungsjahren die Notwendigkeit derselben mit besoldeten Leitern eingesehen habe. Der Verbandstag in Halle habe den Vorstand beauftragt, einen diesbezüglichen Entwurf auszuarbeiten und dieser sei dem nachgekommen. Auch in den Bezirken, wo Agitationskommissionen vorhanden sind, würde sich wohl herausgestellt haben, daß mit dem alten System gebrochen werden müsse. Sollte die Agitation intensiver und erfolgreicher betrieben werden, so müsse man dazu kommen, besoldete Agitatoren oder Gauleiter anzustellen. Aus diesem Grunde würden wohl auch die Berliner Delegierten im Prinzip mit der Gauseinteilung und der Anstellung besoldeter Gauleiter einverstanden sein; daß sie aber dem Antrag des Vorstandes in allen Punkten ihre Zustimmung geben würden, bezweifle er ganz entschieden. Redner kommt sodann auf den Antrag, Einmündung einer Pensionskasse, zu sprechen und erklärt, auch hierzu sei der Vorstand von dem Verbandstag in Halle beauftragt worden. Näher auf denselben einzugehen, lehne er aber ab, weil ihm sonst der Wortwurf gemacht werden könnte, daß er persönliche Interessen vertrete. Zum Schluß kommt Raether auf die Anträge verschiedener Zahlstellen, die eine Erhöhung der Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung bezweckten, zu sprechen. Er ist der Ansicht, daß sich dies nicht ohne Erhöhung der Beiträge realisieren lasse und dazu sei wohl jetzt nicht zu raten. Auch müßten erst Erfahrungen mit den jetzigen Unterstützungsstellen gemacht werden. Im Prinzip sei er kein Gegner von erhöhten Unterstützungsstellen, aber auf diesem Verbandstage ließe sich diese Frage nicht erledigen, schon aus dem Grunde nicht, weil durch Ausbaurung der Agitation, wie sie geplant ist, der Organisation nicht unbedeutende Mehrausgaben erwachsen würden. — In der Diskussion spricht sich zunächst Kollege Einbach für die Gauseinteilung, aber gegen die Anstellung der Gauleiter durch den Vorstand aus. In Betreff der Pensionskasse steht er auf dem Standpunkt, daß unsere Beamten wohl in eine solche Versicherung eingeschlossen werden können, aber von der Gründung einer Pensionskasse müsse Abstand genommen werden. Wenn man einmal an eine Pensionskasse herangehen wolle, so müsse auch etwas für die Allgemeinheit geschehen. In diesem Sinne jetzt schon das Unterstützungsweien abzuhängen, sei aber verfehlt. Man könne nicht wissen, welche Kämpfe unserer Organisation noch bevorstünden, und darum sei es notwendig, das Geld zusammenzubehalten. Vielleicht ließe sich auch später für die Beamten sämtlicher Arbeiterorganisationen eine derartige Institution treffen und könne ja diese Frage auf dem nächsten Gewerkschaftskongress erörtert werden. Wenn der Antrag des Vorstandes Annahme finde, so würden die Beamten auf Lebensdauer angestellt und es erhebe sich dann die Frage, wie man die Organisation nur für die Beamten vorhaben wäre. Der größte Teil der Mitglieder sehe weit schlechter da, wie unsere Beamten, darum müßte es in erster Linie Aufgabe der Organisation sein, deren wirtschaftliche Lage zu heben, ihnen bessere Arbeitsbedingungen zu erschaffen, so daß diese den Nutzen und Beruf der Organisation am eigenen Leibe erfahren. Auch Kollege Biesenthal ist mit der Gauseinteilung einverstanden, wendet sich aber gegen das Anstellungsverfahren. Er würde vielmehr eine Kommission

geschaffen werden, die die Kollegen, welche sich um den Posten eines Gauleiters bewerben, auf ihre Fähigkeiten prüft, die Entscheidung müsse aber unbedingt den Delegierten der Gauintage überlassen bleiben. Ferner müsse sich der Gauleiter alle Jahre zur Neuwahl stellen. Dem Vorstand dürfe das Anstellungsrecht nicht übertragen werden. Ein so weit gehendes Vertrauen könne man diesem nach seinem Verhalten in der letzten Zeit nicht entgegenbringen. Wenn die Mitglieder sich ihr Selbstbestimmungsrecht so weit beschneiden lassen, daß sie auf die Wahl der Gauvorsteher verzichten, dann werde es auf dem Wege, den der Hauptvorstand mit seiner bürokratischen Verwaltung beschritten, immer weiter bergab gehen. Das müßten aber die Mitglieder im Interesse des Verbandes verhindern. Auch mit dem Pensionskassen-Entwurf ist Redner nicht einverstanden. Er meint, das Beste würde wohl sein, wenn der Verbandstag darüber zur Tagesordnung überginge. Er, Redner könne sich damit einverstanden erklären, daß auf den jeweiligen Verbandstagen derartige Unterstützungsgehalte von Fall zu Fall erledigt würden, für Festlegung einer bestimmten Summe könne er aber nicht sein. Im Uebrigen verweist Redner ebenfalls auf den Gewerkschaftskongress. Da könnte etwas geschaffen werden, woran sämtliche Arbeiterorganisationen teilnehmen in der Lage sind. Aufgabe der Delegierten würde es also sein, auf dem Verbandstag für das Selbstbestimmungsrecht bei Anstellung der Gauleiter und gegen die Einführung einer Pensionskasse einzutreten. Im gleichen Sinne äußern sich noch die Kollegen Hande und Hirsch. Ersterer meint, daß wenn dem Vorstand so weitgehende Befugnisse, die Gauleiter anzustellen, eingeräumt würden, Verhältnisse Platz greifen könnten, wie sie jetzt schon bei dem Vertrauensmann der Provinz Brandenburg vorhanden wären. Dieser habe nicht einmal nötig, auf einem Gauintage über seine Tätigkeit Bericht zu erstatten. Letzterer ist der Ueberzeugung, daß die Interessenlosigkeit der Kollegen hauptsächlich schuld sei, wenn der Vorstand es wage, Anträge wie die vorliegenden zu stellen. Im Uebrigen sei es schon darin hinfällig, den Vorstand mit Nachbefugnissen, wie die Anstellung von Gauleitern, zu versehen, weil er die norddeutschen Verhältnisse viel zu wenig kennt und wohl in den meisten Fällen bei seinen Entscheidungen gar nicht das Richtige und für die Organisation Vortheilhafteste treffen würde. Hierauf wurde noch folgende Resolution angenommen: „Die Generalversammlung ist mit der Einführung der Gauseinteilung einverstanden unter der Bedingung, daß die Gauleiter ebenso wie die Ortsverwaltungen von den Mitgliedern gewählt werden.“

„Die Generalversammlung ist mit der Einführung der Anträge des Hauptvorstandes, betreffend die Pensionskasse, auch gegen die Anträge betreffend die Gauseinteilung, soweit dieselben die Anstellung der Gauvorsteher resp. Bezirksleiter durch den Hauptvorstand bezwecken. Die Generalversammlung empfiehlt den Delegierten, auf dem Verbandstage dagegen Stellung zu nehmen, und spricht ihre Mißbilligung darüber aus, daß der Hauptvorstand seine Anträge nicht früher bekannt gegeben hat.“

Die Delegierten zum Verbandstage werden ersucht, dafür einzutreten, daß über die Einführung der Pensionskasse eventuell eine Abstimmung stattfindet.“

Worms. In der am 5. Mai abgehaltenen Mitglieder-Versammlung wurde unter Anderem auch der Entwurf des Hauptvorstandes zu einem Pensionsstatut diskutiert und derselbe heftig angegriffen. Es wurde eine Resolution angenommen, deren Inhalt ist: In Erwägung, daß der Hauptvorstand den Entwurf zu einem Pensionsstatut erst nach dem 19. März 1901 veröffentlicht hat, so daß Abänderungsanträge nicht mehr gestellt werden konnten und in Erwägung, daß durch die Fassung einzelner Punkte und deren eventueller Annahme wir dem Hauptvorstand die reine Diskretionsgewalt in die Hände geben und somit eine richtige Organisations-Hierarchie geschaffen würde, dies aber eine Organisation wie die unsere ist, sich nicht leisten lassen darf, deshalb erucht die hiesige Verwaltungsjahre die Generalversammlung, diesen Entwurf abzulehnen, zumal die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands auf dem nächstjährigen Gewerkschaftskongress einen Antrag auf Errichtung einer Pensionskasse sämtlicher Gewerkschaftsbeamten stellen wird.

Dresden. Daß sich in Sachsen kein organisierter Kollege über die Anträge in Nr. 13 der Metall-Arbeiter-Zeitung ausspricht, ist ein Zeichen, wie gleichgültig die Kollegen ihren Verbandsinteressen gegenüberstehen. Oder ist es bloß die allzu große Gemüthlichkeit der Sachsen? Es ist eines Kollegen erste Pflicht, sich um seine Organisation zu kümmern. Selbst gibt es Kollegen, die sich über diese Anträge äußern konnten. Sie thun es aber nicht, theils aus eigenem Interesse, theils um nicht irgendwo anzustoßen. Ich habe mit verschiedenen älteren Kollegen darüber gesprochen; diese meinten: „Wenn das so fort geht, treten wir aus.“ Diesen Standpunkt theile ich durchaus nicht, sondern es muß ganz entschieden Front gegen Sachen gemacht werden, die dem Verband von zweifelhaftem Nutzen sind. Was nun den Antrag über Anstellung von Bezirksleitern betrifft, so halte ich diesen Antrag bei den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen ohne jede Grundlage und der hohen Kosten wegen für verfehlt. Es ist hier freilich der in Betracht kommende dritte Bezirk sozusagen als Vorbild hingestellt. Daß aber ein Bezirksleiter ohne die agitatorische Tätigkeit mehrerer Kollegen einen Kreis in solchem Maßstabe, wie diese hier vorgegeben sind, bearbeiten soll, ist doch nicht denkbar. Ebenfalls halte ich nicht für richtig, daß die Bezirksleiter den Ausschlag über die sogenannte „Rebenregiment“ bilden soll. In Sachsen hat ja der Vorstand das Recht, durch unser schönes Vereinsgesetz, selbst Beamte zu bestimmen; für recht halten theue ich dies aber nicht. Was nun den Entwurf über die Pensionierung der Beamten betrifft, so ist das Alles ganz gut und schön, aber ob er dem Verband jetzt noch Nutzen bringen, ist sehr zweifelhaft. Für Einzelne hat er Nutzen, aber den Verband wird er unbedingt schädigen, dies ist nicht bloß meine, sondern vieler Kollegen Meinung. Es werden viele, aber hauptsächlich diejenigen Kollegen, welche unter den jetzigen traurigen wirtschaftlichen Verhältnissen schwer zu leiden haben, dem Verband den Rücken kehren. Im Interesse eines jeden Kol-

legen muß es liegen, daß der D. M. A. eine Kampfesorganisation bleibt und nicht zum Unterstützungsverein degradirt wird. Ich erwarte, daß die Delegierten zur Generalversammlung genau prüfen, ob sie solchen einschneidenden Anträgen ihre Zustimmung ertheilen, im Interesse der Mitglieder und des Verbandes. Aus den Stimmen der Presse in Nr. 18 der Metallarbeiter-Zeitung geht so viel hervor, daß ein Jeder sein eigenes Interesse im Auge hat. Die Frankfurter Zeitung schreibt zwar, daß es einfache Arbeiter wären, die für ihre Angestellten sorgten; ganz richtig, aber in diesem Falle bezweifle ich, ob neun Zehntel aller Mitglieder dafür stimmen würden. Hoffentlich werden sich diese Anträge zur Generalversammlung regeln und in richtige Wege leiten lassen.

Wilhelm Kollé.

Köln a. Rh. Was die Anträge des Vorstandes in Nr. 13 an sich betrifft, so kann kein Kollege behaupten, daß dieselben undurchführbar wären oder gar schädlich für die Organisation sein könnten. Speziell der erste Antrag betreffs Einteilung Deutschlands in Bezirke dürfte für unsere Organisation von ganz bedeutendem Vortheil sein, denn so, wie jetzt in den meisten Orten die Agitation gehandhabt wird, kann es doch nicht weiter gehen und dürfte daher diese Neuregelung endlich einmal mit dem alten Schlenker aufzuräumen und die vorhandenen guten und befähigten Kollegen aus dem Winter Schlaf, in dem sie schon Jahre lang schlummern, wachriitteln und zu neuer Thätigkeit anspornen. Was allerdings an dem Antrage nicht richtig ist, ist, daß man dem Vorstande das Anstellungsrecht für die Bezirksleiter überlassen soll. Dieses muß vielmehr durch die Kollegen des betreffenden Bezirkes geschehen, weil dann die Bezirksleiter auch viel eher in der Lage wären, den Wünschen der Mitglieder Rechnung zu tragen, wenn es sich mal um eine Sache handelte, die dem Vorstande nicht genehm wäre. Hoffentlich wird die Generalversammlung hierin dem allgemeinen Wunsch der Mitglieder Rechnung tragen und den Antrag dahin abändern, daß den Mitgliedern das Mitbestimmungsrecht zusticht. Dann könnte man sich eher mit dem Vorschlage des Vorstandes, daß die Bezirksleiter den ergänzenden Ausschuss bilden sollen, einverstanden erklären. Undrenfalls könnte es passieren, daß wir die schönsten Theoretiker zu Bezirksleitern, aber keine Praktiker bekämen. — Gegen die Einteilung der Bezirke läßt sich zunächst nichts einwenden, da muß die Praxis uns Weiteres lehren. Was nun die Besoldung betrifft, so ist es ja anerkannterwerth, wenn der Vorstand sagt, sie müßte eine anständige sein; aber ich glaube, hierin ist er etwas zu hoch gegangen. Oder vielleicht hat der Vorstand gedacht: lieber etwas mehr verlangen, dann kann die Generalversammlung nachher Abstriche machen, und der Vorstand hat dann doch das, was er haben wollte? — Zum zweiten Antrage stehe ich auf dem Standpunkt, daß es einer Organisation wie der unserigen möglich sein muß, ihre Beamten für das spätere Alter in etwas sicher zu stellen. Wir, die wir tagtäglich für die Besserstellung unserer Lage kämpfen, die wir so oft und mit Recht uns über das Verhalten der Unternehmer beschweren, daß sie, wenn der Arbeiter ihnen die besten Jahre seines Lebens geopfert hat, und er nicht mehr im Vollbesitz seiner Kraft steht, ihn achtlos bei Seite setzen, unbekümmert darum, ob derselbe sich noch seinen Lebensunterhalt irgendwo erwerben kann, oder ob derselbe zu Grunde geht — wir als organisierte Arbeiter dürfen keinesfalls in dasselbe Horn stoßen. Denn jeder rechtlich denkende Arbeiter müßte sich von uns abwenden, wenn wir in der Mehrzahl der Ansicht des Kollegen Kern aus Redarau wären, dessen Artikel in Nr. 18 unserer Zeitung stand, der, nebenbei bemerkt, überhaupt nicht diskussionsfähig ist. Denn darnach reicht die Kenntniss des gewerkschaftlichen Lebens beim Kollegen Kern jedenfalls nicht weiter, als dessen Nase, denn sonst könnte er (um mich gelinde auszudrücken) nicht zu solchen Kraftausdrücken kommen, die doch von allem Anderen eher zeigen, als von Klassenbewußtheit und Disziplin. — Viel mehr Grund zur Unzufriedenheit mit dem Vorstande kann man haben, wenn man die zwei letzten Jahresabrechnungen besieht und findet, daß jedes Mal eine ganz bedeutende Summe für Kursverlust beim Verkauf von Wertpapieren gebucht ist. Hier ist es jedenfalls Pflicht der Generalversammlung, derartigen für uns kostspieligen Geschäften ein für alle Male ein Ende zu bereiten.

Wilhelm Müller.

— Die vom Vorstand zur Generalversammlung gestellten Anträge haben in unseren Mitglieder-Versammlungen sowie in unserer Zeitung eine Diskussion entwidelt, die zeigt, welches Bedürfnis für den inneren Ausbau unserer Organisation vorhanden ist. Leider ist es zu bedauern, daß es noch Kollegen gibt, die, anstatt die gemachten Vorschläge hartlich zu prüfen, darüber einen Ton anschlagen, der zu verwirren ist. Insbesondere ist es der Kollege Max Kern, Redatteur. Man sollte es gar nicht meinen, daß ein Kollege, der vorgibt, eine Verbesserung der Lage der Arbeiterchaft zu erstreben, sofort Peter Morbio schreit, wenn wir unsere Beamten, die doch für uns arbeiten, entsprechend bezahlen, sowie auch für die Zeit ihrer Inaktivität noch sorgen. Kollege Kern hat wahrscheinlich noch keine Maßregelung erfahren, sonst würde er wohl nicht so über die Beamten schimpfen. Oder ist er vielleicht der Meinung, daß die Kollegen, wenn sie Jahre lang für den Verband thätig waren, vom Unternehmer huldvollst wieder aufgenommen werden? Das glaubt Kern wohl selbst nicht. Wir kommt der Standpunkt Kerns so vor, als wenn man in einem Sumpf stehen würde und wollte Andern heraushelfen. Vor Allem muß man dann doch selbst festen Boden unter den Füßen haben. Ich begrüße es mit Freuden, daß bei der nächsten Generalversammlung Anträge auf der Tagesordnung stehen, die, wenn sie angenommen werden, für die weitere Entwidlung unseres Verbandes von großem Nutzen sein werden.

Paul Wagner.

Spandau. Die Mitglieder-Versammlung des Bezirkes Spandau der Verwaltungsjahre Berlin nahm Stellung zu dem Entwurf des Hauptvorstandes zu einem Pensionsstatut. Nach längerer Debatte war die Versammlung einstimmig der Meinung, daß der Entwurf holl und ganz

zu vertreiben sei. Als Begründung wurde Folgendes angeführt:

Bei mehreren Gelegenheiten in der letzten Zeit ist klar und deutlich hervorgetreten, daß die Beamten der Organisation die Führung mit den Kollegen mehr und mehr zu verlieren beginnen, sobald sie mehrere Jahre auf ihrem Posten sind. Dieser Zustand ist für die Organisation der denkbar ungünstigste. Wenn solche Verhältnisse nun schon bei der bisherigen Stellung der Beamten eintreten könnten, um wieviel größer erscheint da die Gefahr, wenn der Entwurf des Vorstandes zur Wirklichkeit würde. Selbst aus der Begründung des Vorlage des Vorstandes: „Anstellung der Bezirksleiter“, in Nr. 13 unseres Blattes geht hervor, daß der Vorstand eine gewisse Diktaturstellung einzunehmen beansprucht, indem er für selbstverständlich zu halten scheint, daß die Bezirksleiter von ihm angestellt werden.

Nach den §§ 2d und 3 des Entwurfs würde ein Kollege, der einmal einen besoldeten Posten bekleidet, auch thätiglich dem Arbeiterstande entzogen; denn wird die Stelle, die er innehat, aufgehoben, so hat er durchaus nicht nötig, sich anderweitig einen Erwerb zu suchen. Der Verband sorgt ja für ihn. Er bekommt so lange Pension, bis er im Verbandsbereich wieder untergebracht ist. Hiermit übernimmt der Verband die Verpflichtung für die anderweitige Anstellung des betreffenden Beamten. Denn geschieht das nicht, so sind wir gehalten, fortlaufend die Pension zu bezahlen. Wollen wir unser Geld nun nicht umsonst ausgeben, so müßten wir allerdings demgemäß verfahren. Der Kollege mag so tüchtig sein wie er will, das schließt jedoch nicht aus, daß er für einen beliebigen andern Posten weniger geeignet, vielleicht gar unzuverlässig zu gebrauchen ist. Will man ihn nun an die erste beste freiverdende Stelle setzen, so werden wir nie dahin kommen, tüchtige Kräfte auf dem geeigneten Posten zu haben. Darauf kommt es aber gerade an. Wartet man aber, bis eine feinen Fähigkeiten entsprechende Verwertung des Kollegen möglich ist, so kann man unter Umständen auf lange Zeit hinaus Pension bezahlen, d. h. buchstäblich für Nichts Geld hinauswerfen. Warum soll denn für die Beamten die Arbeitslosenunterstützung wie bei jedem andern Kollegen in solchen Fällen nicht genügen? Wollen wir denn statutarisch festlegen, daß es zweierlei Mitglieder in unserer Organisation giebt?

Der § 3 zeigt aber auch, wie unhaltbar das Verhältnis der Beamten zum Vorstand, und wie unorthodoxhaft dasselbe für die Organisation wäre. Denn wäre ein Beamter dem Vorstand nicht mehr genehm, so könnte ihn dieser einfach entlassen und die Organisation müßte ihm seine Pension bezahlen. Doch dies wäre bei Weitem das kleinere Übel. Sind die Beamten derartig vom Vorstand abhängig, wie dieser in seiner Vorlage es wünscht, so wäre es ihnen ganz unmöglich, in irgend welcher Sache gegen Maßnahmen oder sonstigen Amtshandlungen desselben Opposition zu machen. Sie wären vielmehr gezwungen, auch auf die Gefahr hin, sich mit den Mitgliedern in Widerspruch zu setzen, den Vorstand in allen Dingen zu vertreten. Daß ein solcher Zustand nicht im Interesse der Mitglieder liegen kann und zu schädigenden Nebenwirkungen führen müßte, braucht wohl kaum noch gesagt zu werden.

Was die Höhe der in Vorschlag gebrachten Pension anbelangt, so wäre gegen den niedrigsten Betrag von 600 Mark wohl kaum etwas einzuwenden; aber daß sich dieselbe bis zu 1800 Mark erhöhen soll, ist einfach eine starke Zumutung des Vorstandes an die Mitglieder. Soviel Einsicht sollte derselbe doch wohl besitzen, daß er nicht verlangen kann, daß die Mitglieder einem Beamten ein Ruhegehalt von solcher Höhe bezahlen. Es giebt wohl sehr tüchtige Kollegen, die bei intensiver Arbeit und hohen Fähigkeiten in ihrem Berufe ein solches Jahreseinkommen haben. Man hätte mit seinen Forderungen maßvoller sein und höchstens den Jahresdurchschnittsberdienst der Mitglieder im Allgemeinen in Vorschlag bringen sollen. So giebt das nur böses Blut.

Charakteristisch ist noch der § 12, nach welchem zur Veränderung dieses Statuts 2/3 Stimmenmehrheit einer Generalversammlung erforderlich sein soll. Dies spricht wohl für sich. Sollte die Generalversammlung dumm genug sein, dann werden wir es einer andern mehr, so leicht machen, uns den fetten Happen wieder zu entreißen. Zu welchem Zweck sollen wir uns denn so fest legen? Der Verband hat doch die Mittel, jeder Zeit, auch ohne ein solches Statut, alten oder dienstunfähigen Organisationsbeamten, durch Generalversammlungsbeschlüsse von Fall zu Fall eine Pension zu bewilligen. Wäre doch die Generalversammlung eine Kommission einsehen, die in bringenden Fällen, oder wenn die Zeit bis zur nächsten zu lang ist, provisorisch in solcher Sache verfügt.

Folgende Resolution wurde von der Versammlung einstimmig angenommen:

„In Anbetracht des Umstandes, daß unsere Beamten auf dem besten Wege sind, immer weiter von uns abzurücken, dies aber durchaus nicht im Interesse der Mitglieder liegen kann, da diese doch gerade uns voran unsere gemeinsamen Ziele erstreben sollen, ist die Versammlung der Meinung, daß der Entwurf des Vorstandes nicht geeignet ist, nach dieser Richtung heilsam zu wirken, und sollte er von der Generalversammlung statutarisch festgelegt werden, würde er namentlich dem Vorstände Veranlassung geben, noch mehr wie bisher von oben herab zu urteilen. — Wir gehen der Ansicht aus, daß unsere beamteten Kollegen nicht so wesentlich besser gestellt werden dürfen, als die im Beruf thätigen, sonst sind wir eben Mitschuld an der Annahme, die wiederholt zu Tage getreten ist. Wir ersuchen die Delegierten, auf der Generalversammlung den Entwurf des Vorstandes abzulehnen. Sollte er aber Ansicht auf Annahme haben, so wollen die Delegierten Abstimmung beschließen.“

Steglich. In der Versammlung am 24. April beschäftigten sich die Mitglieder mit den Vorschlägen zur Generalversammlung. In der Diskussion, die sich hauptsächlich mit den vom Hauptvorstand gestellten Vorschlägen beschäftigte, waren sich sämtliche Mitglieder darin einig, daß die Kosten, die durch die Anstellung von 10 besoldeten Bezirksleitern entstehen, nicht aufgewogen würden durch die Vorteile, die sie uns eventuell bieten. Die Mitglieder sind

der Meinung, daß man mit Rücksicht auf die ungünstige Geschäftskonjunktur bei Bewilligung von Geldern zu diesen Zwecken etwas sparsamer sein soll. Ebenfalls mißbilligten die Kollegen den Entwurf zur Pensionsklasse.

Mitteilungen aus der Metall-Industrie.

Die deutschen Maschinenfabrikanten sind merkwürdige Musikanten. In einer Ende März in Köln abgehaltenen Sitzung beriet der Ausschuß des Vereins deutscher Werkzeugmaschinenfabrikanten über die Schritte, die zur Abwehr des amerikanischen Wettbewerbs auf dem Gebiete des Werkzeugmaschinenbaues zu thun wären. Da wurde nun, wie es in dem offiziellen Bericht heißt, nachgewiesen, daß der deutsche Werkzeugmaschinenbau dem amerikanischen vollkommen ebenbürtig sei. Ein amerikanisches Fachblatt, das diese bittere Wahrheit eingestand, hätte sie dadurch zu versüßen gesucht, daß es hinzufügte, der amerikanische Erfindungsgeist sei mit den exportierten Maschinen nicht ausgetan, er werde wiederum einzigartige und wettbewerbsfreie Erzeugnisse erfinden und herstellen. Darauf hing sich der Ausschuß in Köln das Löwenfell um; er verkündete, daß man diese neuen Offenbarungen des amerikanischen „Genies“ nicht fürchte, was ausführlich begründet wird. Dann wird angeführt, daß der in den letzten Jahren zu großer Leistungsfähigkeit gelangte deutsche Werkzeugmaschinenbau das Ausland selbst zu versorgen im Stande sei. Diese Leistungsfähigkeit und die Marktlage für Werkzeugmaschinen werden durch die amtliche Statistik über den deutschen Außenhandel näher gekennzeichnet. Danach betrug im Jahre 1900 die Einfuhr an Werkzeugmaschinen in Deutschland 6428 Tonnen. Von der Einfuhr stammten 4559 Tonnen aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika, durchschnittlich monatlich 475 Tonnen. Im Laufe des Jahres 1900 sank diese Monatsziffer bis im Dez. auf 228 Tonnen, im Januar 1901 auf 175 Tonnen. Dem gegenüber stieg die Ausfuhrziffer im Monatsdurchschnitt von 735 Tonnen des ersten Quartals 1900 auf 770 Tonnen im Monatsdurchschnitt des ganzen Jahres, und auf 790 Tonnen im Januar 1901, so daß in letzterem die Ausfuhr mehr als das Dreifache der gleichzeitigen gesammten Einfuhr von 230 Tonnen ausmachte.

Es ist nun geradezu unbegreiflich, daß der genannte Verein einen erhöhten Zollschutz erstrebt; als Grund dafür wird der Popanz einer amerikanischen Schleuderkonkurrenz aufmarschieren lassen. Wir sind nun der Meinung: nachdem der deutsche Werkzeugmaschinenbau durch die Solidität seiner Arbeit unter den bisherigen Zollföhen große Erfolge in jeder Richtung aufzuweisen hat, kann er jetzt erst recht auf einen erhöhten Zollschutz verzichten. Denn es handelt sich schließlich nicht um den Werkzeugmaschinenbau allein, sondern um die Allgemeinheit, die durch etwaige Schutzmaßnahmen der ausländischen Staaten in Mitleidenschaft gezogen würde. Wir werden in unserer Anschauung noch mehr bestärkt durch einen Bericht, der diese Woche durch die kapitalistische Fachpresse wandert. Der Verein deutscher Werkzeugmaschinenfabrikanten schreibt da nämlich über die Handelsbilanz des deutschen Werkzeugmaschinenbaues:

„Die schon im vorigen Jahre wahrnehmbare Bewegung hält im laufenden Jahre an, nämlich die erhebliche Verbesserung des Verhältnisses zwischen Ein- und Ausfuhr. Während im ersten Vierteljahr 1900 die Einfuhr noch 2032 Tonnen betrug und die Ausfuhr gleichzeitig 2204 Tonnen, ist im ersten Vierteljahr 1901 die Einfuhr auf 556 Tonnen, die Ausfuhr auf 2090 Tonnen zurückgegangen, mithin also betrug die Einfuhr im ersten Quartal 1901 nur fast 25 Proz. der Ausfuhr, während sie ihr gleichzeitig im Vorjahr, bis auf wenige Hundert Tonnen, gleichkam. Amerikanische Maschinen bilden immer noch den Hauptbestandteil der Einfuhr, sie betrug 339 Tonnen. Das Ergebnis des ersten Vierteljahres kann den deutschen Volkswirtschaft und die deutschen Werkzeugmaschinenfabriken befriedigen. Ist auch, wohl infolge der allgemein gedrückten Geschäftslage, die Ausfuhr um fast 100 Tonnen zurückgegangen, so ist diese Abnahme doch gering gegenüber der bedeutenden Verringerung der Einfuhr und es ist ferner zu berücksichtigen, daß die Ausfuhr im letzten Monat des ersten Vierteljahres, also im März, 921 Tonnen betrug, also gegen die Vormonats erheblich gestiegen ist. Man kann daraus wohl den Schluß ziehen, daß der deutsche Werkzeugmaschinenbau in der Ausfuhrgegend zu behaupten und fortzuentwickeln, wie er gleichzeitig den inländischen Bedarf fast zur Gänze zu decken und die ausländische Einfuhr zurückzuhalten im Stande ist. Man kann nur wünschen, daß diese Entwicklung sich im Laufe des Jahres in gleichem Maße fortsetzt. Ein ähnliches Bild wie der Werkzeugmaschinenzweig zeigt auch das übrige Maschinenwesen. Der Hauptposten für Maschinen, nämlich die unter Nr. 470 des Zolltarifs aufgeführten Maschinen, überwiegend aus Gußeisen, zeigen für das erste Vierteljahr 1901 eine dreimal so starke Ausfuhr als Einfuhr, nämlich 35,428 Tonnen Ausfuhr und 11,468 Tonnen Einfuhr; gleichzeitig im Vorjahr betrug die Ausfuhr 40,520 Tonnen und die Einfuhr 14,553 Tonnen.“

Es ist erreicht! Frohlockend wird es im freisinnigen „Frank. Kurier“ verkündet, daß die Aktionäre der Lokomotivfabrik Krauss & Co. -München es durchgesetzt haben, die Dividende für 1900 auf 16 Prozent (im Vorjahre 10 Proz.) festzusetzen, statt auf 15 Prozent, wie der Aufsichtsrath vorgeschlagen hatte. Und das ist auch erklärlich, wenn man sich den Geschäftsbericht ansieht. Darin waren 1900 die Werke bei einem um 22 Prozent höheren Arbeiterstand während des ganzen Jahres voll beschäftigt. Trotz Einlegung von Ueber-schichten konnten Termin-Ueberreichungen nicht vermieden werden, verursacht zum Teil auch durch die Schwierigkeit in der Rohmaterialbeschaffung. Die in den letzten Jahren vorgenommenen Neu- und Ergänzungsbauten sowie die Aufstellung einer großen Zahl von Werkzeugmaschinen lassen für die Folge pünktlichere Lieferung erwarten. Die Produktion in 1900 ist die höchste seither erzielte. Abgeliefert wurden 271 (i. B. 239) Lokomotiven im Faktorentwert von

Mill. 8,95 Millionen (Mill. 6,11 Millionen). Davon waren 82 (i. B. 69) im Werte von Mill. 1,33 Mill. für den Export bestimmt. Die Gesamtproduktion des Unternehmens erhöhte sich von vorjährigem Mill. 9,00 Mill. auf Mill. 11,72 Mill. Von dem einschließlich Mill. 113,900 (i. B. 0) Vortrag mit Mill. 3,377,374 (Mill. 2,687,589) verbuchten Bruttogewinn bleibt nach Abzug der mit Mill. 1,725,491 (Mill. 1,390,110) ausgewiesenen Unkosten und nach Mill. 176,295 (Mill. 159,171) Abschreibungen ein Reingewinn von Mill. 1,475,588 (Mill. 1,138,306). Ueber die Verwendung des Nettgewinns enthält der Bericht keine Angaben. Es wird noch bemerkt, daß eine den hohen Materialpreisen entsprechende Steigerung der Fabrikatpreise meist ausgefallen war, daß aber im letzten Vierteljahr ein mehr oder weniger in die Waagschale fallender Preisrückgang für einzelne Rohmaterialien zu verzeichnen war. An neuen Bestellungen lagen z. B. der Ausführung des Berichtes nur für Mill. 687,000 vor gegen 4 Mill. zur gleichen Zeit im Vorjahr; dennoch hofft die Verwaltung, im Hinblick auf noch unerledigte Aufträge im Faktorentwert von Mill. 6,65 Mill. auf einen normalen Geschäftsgang. Mit Rücksicht auf die in Österreich in Aussicht genommene Erweiterung des Schienennetzes und besonders des Lokalbahnetzes soll zwecks Steigerung der Leistungsfähigkeit das Establishment Uitz a. D. erweitert und namentlich auch für die Fabrikation von Resseln eingerichtet werden.

Vom Submissionswesen. In der Fachzeitung für Maschinenbau und Installation wird Klage darüber geführt, daß bei dem jüngst stattgehabten Submissionsaus-schreiben der Gr. Bahnbauinspektion Freiburg i. B. über Erstellung einer Lokomotivheizungs- u. Wassieranlage mit ca. 400 Meter Gussrohrleitung auswärtige Firmen wie Gebr. Ventke & Pforzheim mit 3012 M 50 S, Bopp u. Reutter-Mannheim mit 4815 M figurirten, während die Freiburger Installationsgeschäfte diese Arbeit auf durchschnittlich 5500 M veranschlagt hatten. Diese Konkurrenz bei so unbedeutender Arbeit seitens solcher Weltfirmen sei um so bedauerlicher, als wohl die meisten Installationsgeschäfte des Südens zu den Kunden dieser Werke zählen und die Submittenten gleichsam gezwungen sind, bei denselben für die einzelnen Artikel Offerte einzuholen.

Hier scheint eben das Übel zu liegen. Wenn die kleineren Geschäfte von solchen Werken beziehen müssen, die selbst Installationen ausführen, dann ist es natürlich, daß sie keine so billigen Preise stellen können wie jene. Es offenbart sich bei dieser Sachlage eben wieder, daß das Kleingewerbe konkurrenzunfähig ist. Es bliebe nur noch zu untersuchen, ob die genannten großen Firmen etwa schlechtere Löhne zahlen als die Freiburger Installationsgeschäfte, was aber nicht wahrscheinlich ist.

„O ihr Armen!“ Die Mitteilung in Nr. 17 über die „Deutschen Waffen- und Munitions-Fabriken“, die pro 1900 nur 11 Proz. Dividende verteilen können, bedarf noch der Ergänzung. In einem uns zugegangenen Schreiben wird darauf hingewiesen, daß vor genau Jahresfrist die Arbeiter in Martinkaufeld in einer Petition mit ca. 1500 Unterschriften bei der Direktion vorstellig wurden behufs Einführung wöchentlicher Lohnzahlung. Der persönlich vorstelligen Deputation von 8 Kollegen wurden auch bereitwilligst Zusagen gemacht mit der Bemerkung: gleich ließe sich das gar nicht machen, es müssen noch rechnerische Veränderungen getroffen werden, es solle aber der Wunsch der Arbeiter (der seinen Ausdruck in der allseitig unterschriebenen Petition fand) berücksichtigt werden. Die Kommission erklärte sich mit dieser Modalität einverstanden. Das Resultat dieser Verhandlungen ist aber bis heute — Nichts! Statt Verbesserung: Verschlechterung! Früher 14tägige Abrechnung, jetzt wöchentliche mit 14tägiger Vorzahlung. — So achtet man die Wünsche der Arbeiter und bricht sein gegebenes Versprechen.

Rohisenkartell. Die Köln. Ztg. theilt mit, daß die Verhandlungen über die Erneuerung und bessere Organisation des Rohisen-Syndikats einen die Unternehmer befriedigenden Verlauf genommen. Künftig sollen von den einzelnen Werken die hergestellten Rohisenmengen unter bestimmten, vertragsmäßig festzusetzenden Bedingungen an das Syndikat verkauft werden, während letzteres selbstständig den Weiterverkauf übernimmt; ferner werden dem Syndikat weitergehende Befugnisse als bisher beigelegt werden. Der Syndikatsvertrag soll auf fünf Jahre abgeschlossen werden, so daß die beteiligte Geschäftswelt mit Zuständen von längerer Dauer rechnen kann. — Letztere Bemerkung soll zweifellos dazu dienen, die Abnehmer zu beruhigen. Indes ist nach den bisherigen Praktiken der Syndikats sicher anzunehmen, daß die Preise, sobald die Nachfrage zu steigen beginnt, erhöht werden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Den Delegierten zur 5. ordentlichen Generalversammlung in Nürnberg diene hierdurch zur Nachricht, daß dieselbe im großen Saal der „Kasernen“

stattfindet und **Freitag, den 28. Mai 1901, Vorm. 9 Uhr** eröffnet wird.

Die provisorische

Tagesordnung

lautet:

1. Konstituierung der Generalversammlung und Wahl der Kommissionen.
2. Berichte des Vorstandes und des Ausschusses und Berathung etwaiger Anträge zum Verbandsorgan. Referenten: G. Reichel und J. Dejung.
3. Agitation. Referent: W. Segis-Fürth.
4. Unsere Taktik bei Lohnbewegungen, Differenzen, Ausständen u. Referent: A. Schlick.
5. Statutenberathung.
6. Bericht vom 3. Gewerkschaftskongress in Frankfurt a. M. und Beschlußfassung über die Vertretung des Verbandes auf dem 4. Gewerkschaftskongress im Jahre 1902. Referent: D. Rätzer-Berlin.

7. Bestimmung der Sitz des Vorstandes und Ausschusses und Wahl der Verbandsbeamten.

8. Erledigung sonstiger Verbandsangelegenheiten und Anträge.

Sodann machen wir die Delegierten noch besonders darauf aufmerksam, daß die berufsmäßige Berichterstattung über die Verhandlungen der Generalversammlung an die Presse, laut einer von der Generalversammlung in Braunschweig einmütig abgegebenen Erklärung, als mit den Pflichten eines Delegierten unvereinbar, nicht gestattet werden kann und zu unterbleiben hat.

Damit soll allerdings nicht gesagt sein, daß die Delegierten an die Zeitung ihres Ortes oder Bezirkes überhaupt nicht berichten sollen, dies ist wohl zulässig, aber es darf nur nicht in einer Weise geschehen, daß dadurch ihre und ihrer Nachbarn Aufmerksamkeit von den Verhandlungen abgezogen werden kann.

An die Zentralwahlkomitees richten wir hierdurch das Ersuchen, uns so fort nach Zusammenstellung der Wahlergebnisse den Namen (Vor- und Nachnamen), den Beruf und die Wohnung der gewählten Delegierten mitzuteilen.

Sodann theilen wir den Delegierten mit, daß sich in Nürnberg das Lokalkomitee gebildet hat. Dasselbe übernimmt die Besorgung von Logis für die Teilnehmer der Generalversammlung und wollen sich alle die Delegierten, denen daran gelegen ist, gleich ein Logis angewiesen zu bekommen, umgehend wenden an den Vorsitzenden des Lokalkomitees Kollege

H. Höpner, Neue Gasse 44 in Nürnberg. Es wird sich empfehlen, wenn die Delegierten in ihren diesbezüglichen Anträgen auf Wohnungsnachweisung gleich angeben, wie viel sie für dasselbe ausgeben wollen.

In Gemäßheit des § 4 Absatz 3 des Verbandsstatuts wird den nachstehend aufgeführten Verwaltungsstellen die Erhebung einer Extrasteuer gestattet und dies den in Betracht kommenden Mitgliedern hiermit zur Kenntnis gebracht mit dem Bemerkten, daß die Nichtbezahlung der Extrasteuer die Entziehung naturlicher Rechte zur Folge haben kann:

Der Verwaltungsstelle Halle a. d. Saale eine monatliche Extrasteuer von 10 Pfg. pro Mitglied zur Unterhaltung des Arbeitersekretariats.

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3 Abs. 7 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Geweiler: der Eisendreher Heinrich Müller, geb. zu St. Ludwig, am 14. Dezember 1874, B. Nr. 391,503, wegen Veruntreuung von Verbandsgebern; auf Antrag der Verwaltungsstellen Lambrecht und Zweibrücken:

der Former Josef Schumann, geb. zu Weidenfels am 3. August 1879, B. Nr. 409,960, wegen Nichtbeachtung einer verhängten Sperre und Veruntreuung von einkassierten Mitgliedsbeiträgen.

Wegen sie betreffender Anträge auf Ausschluß bezw. Nichtwiederaufnahme wird hiedurch den nachstehend aufgeführten Mitgliedern Gelegenheit zur Rechtfertigung gegen die die Anträge auf Ausschluß begründenden Vorwürfe mit dem Bemerkten gegeben, daß sie sofern sie auf dreimalige Befanntmachung dieses sich nicht rechtfertigen, aus dem Verband ausgeschlossen werden. Es wird zur Last gelegt:

Dem Dreher Reinhold Nawrath, geb. am 18. Juni 1881 zu Breslau, B.-Nr. 334820, nach dem Antrage der Verwaltung Breslau, daß er 20 Mk für verkaufte Beitragsmarken veruntreut hat.

Dem Dreher Carl Köppler, geboren zu Berguon am 24. Februar 1856, Buch-Nr. 244614, nach dem von der Verwaltungsstelle Lübeck gestellten Antrage, daß er sich gegen seine Nebenarbeiter unkollegial verhalten und Verbandsangelegenheiten an den Unternehmer hinterbracht habe.

Dem Feilenhauer resp. Feilenhelfer Herrn. Strippel aus Remscheid, B.-Nr. 310532, nach dem von der Verwaltung Brandenburg a. Havel gestellten Antrage, daß er in einem vom dortigen Arbeitsnachweis geleiteten Betriebe Arbeit angenommen hat.

Dem Dreher Karl Hahnemann, geboren zu Nieja am 27. September 1869, B.-Nr. 407961, nach dem von der Verwaltung Würzburg gestellten Antrage, daß er in Würzburg verschiedene Schwundelien verübt und Kollegen um von ihnen geliehene Beträge geprellt hat.

Dem Schlosser Friedrich Kühn, geb. zu Nischhausen am 25. April 1870, B.-Nr. 205246, nach dem von der Verwaltung Magdeburg gestellten Antrage wegen Verlebens seines Mitgliedsbuches an Nichtmitglieder zum Zwecke des „Schmalmachens“.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160/1, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld veranlagt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Former.

Zwickau. In der letzten Versammlung gab der Bevollmächtigte die Abrechnung des 1. Quartals bekannt. Delegierter zur Generalversammlung ist Kollege O. Wedder-Grünwaldt. Zur Sprache kam die Verdrängung des Gewerkschafts R. Meyer vom Zwickauer Gewerkschaft in Nr. 15 dieses Blattes. Der Bevollmächtigte kritisierte nochmals die Verhältnisse in Gegenwart des Herrn Meyer. Dies hatte zur Folge, daß er (Meyer) und Direktor Schmidt zu Herrn Polizeikommissar Sachse auf das hiesige Polizeiamt geladen wurden. Meyer erklärt, daß wir in allen Punkten, welche betreffen, der Zwickauer Gewerkschaft vorgebracht worden sind, den Beweis erbracht haben oder gegebenen Falls noch bringen werden. Herr Gewerkschaftsleiter Meyer war nicht im Stande, auch nur einen Punkt, welchen die Kollegen kritisierten, zu widerlegen, wozu er von den Kollegen aufgefordert wurde. Als die Former auf das ungenügende, unbrauchbare Material hinwiesen (ungerade Formstücke, Formlasten usw.), erklärte Herr Meyer, daß die Former doch dieselben unbrauchbaren unbrauchbaren Formlasten selbst gemacht hätten, dieselben sollten doch bessere Arbeit liefern. — Beschlossen wurde, am Himmelfahrtstag einen Ausflug zum Reichstagsabgeordneten W. Stolle nach Gersau bei Glauchau zu machen.

Altenpner.

München. Da gegenwärtig wieder die Zeit heran-naht, wo es einen großen Teil unserer Kollegen nach der süddeutschen Metropole zieht, um sich geschäftlich weiter auszubilden, können wir es nicht unterlassen, eine Schilderung der hiesigen Verhältnisse zu geben. Gegenwärtig ist die Konjunktur in unserm Geschäft derartig miserabel, daß sich selbst die ältesten Kollegen einer gleich schlechten kaum zu erinnern wissen. In den größten Geschäften fast keine Aufträge und über die kleineren zieht unaufhörlich der „Pleitegeier“ seine Kreise, bereit, jeden Augenblick auf dieselben herniederzustößen. Die Bauhätigkeit ruht, dank der ver-rückten Grund- und Bodenspekulation, fast ganz und die Arbeitslosigkeit ist enorm. So haben wir zum Beispiel von Oktober 1900 bis April 1901 über 2000 Mark Ortsunter-stützung ausbezahlt bei einer Mitgliederzahl von 360 Mann. Von dem einen oder anderen Geschäfte werden Lohnabzüge gemacht oder zu machen versucht. In der Gasmescherfabrik der Süddeutschen Industriewerksstoffe z. B. Abzüge von 2 bis 10 Prozent, die in Anbetracht der schlechten gegenwärtigen Lage die Kollegen sich wohl oder übel gefallen lassen mußten. In anderen Betrieben sucht man durch Einführung ver-schiedener Hilfsarbeiter Bestimmungen die „theueren alten Leute“, die Jahre lang, als es rentierte, gut waren, wegzue-feln und dann vielleicht durch billigere jüngere Kräfte zu ersetzen. Also Kollegen, laßt Euch nicht verlocken von den glänzenden Verhältnissen, die hier herrschen sollen. Ueber dieselben referierte in einer öffentlichen Spenglerversamm-lung am 27. April Kollege Borchgier, dieselbe war von zirka 300 Kollegen besucht. An der Hand der im vorigen Jahre aufgenommenen Statistik gab Redner ein Bild der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Berufe. Er sprach sein Bedauern darüber aus, daß sich nur eine verhältnismäßig geringe Zahl von Kollegen an den Erhebungen beteiligte, es würde ein wesentlich anderes Bild zu Tage gefördert worden sein und der Meisterchaft hätte dann mit einem weit wirksamern Material aufgewartet werden können. Weiter schickte Redner voraus, daß die Verhältnisse im Ge-werbe seit Abschluß der Erhebungen sich noch bedeutend ver-schlechtert haben. Ausgegeben wurden 230 Fragebögen, ein-gegangen sind 149 Stück, davon entfallen 72 Stück auf ver-heiratete Kollegen und 77 auf Ledige. Bei den Verheirateten sind wiederum zwei Kollegen, die mit ihrem Lohn als Vorarbeiter angestellt sind, so daß eigentlich nur 147 Kollegen bezüglich der Lohnverhältnisse und Arbeitszeit in Betracht kommen. Die Arbeitszeit beträgt bei allen diesen Kollegen im Sommer 9 1/2 Stunden pro Tag. Hierbei ist jedoch zu bemerken, daß in einigen Werkstätten an den Samstagen nur bis 4 Uhr resp. 5 Uhr Nachmittags gearbeitet wird bei Wegfall der Nachmittagspause und sich dementsprechend die wöchentliche Arbeitszeit in diesen Werkstätten um 1/2 resp. 1 1/2 Stunden ver-kürzt. Im Winter beträgt die Arbeitszeit bei 32 Werk-stättenarbeitern 9 1/2 Stunden pro Tag. Bei den verbleiben-den 115 Kollegen beträgt sie 7 1/2—9 Stunden, so daß die durchschnittliche Arbeitszeit hier 8 Stunden 5 Minuten täg-lich oder 48 1/2 Stunden wöchentlich beträgt. Bei den ver-heirateten Werkstättenarbeitern werden Stundenlöhne von 44—60 Pfg. bezahlt, was einen Durchschnittslohn von 53 Pfg. ergibt; bei den Ledigen werden Stundenlöhne von 34—70 Pfg. bezahlt, was einem Durchschnittslohn von 49 Pfg. gleichkommt. Bei den verheirateten Werkstätt- und Bauarbeitern schwanken die Stundenlöhne von 38—60 Pfg., was einen Durchschnittsverdienst von 48 Pfennigen oder bei 9 1/2stündiger Arbeitszeit einen Tagesverdienst von 4,56 Mk. im Sommer und 3,84 Mk. im Winter ergibt. Die Aus-scheidung zwischen verheirateten und ledigen Kollegen sei deshalb gemacht worden, um das Märchen „von den besser bezahlten verheirateten Kollegen“ zu widerlegen. Die Löhne von 50—70 Pfg. konnten nur durch Akkord erreicht werden zum Teil. Der Jahresverdienst, 300 Arbeitstage gerechnet, beträgt 816—1428 Mark. Von den 149 Kollegen haben 136 keine Kündigung. Die übrigen 13 Kollegen mit Kündigung verteilten sich wie folgt: Verheiratete: 1 Kollege 6 Wochen, 7 Kollegen 14 Tage, 1 Kollege 8 Tage. Ledige: 4 Kollegen 14 Tage. Für Ueberstunden wurden vergütet: 0 Prozent in einer Werkstätte, 0 Prozent bis 8 Uhr und nachher 25 Prozent in einer Werkstätte, 25 Prozent in drei Werkstätten, 33 1/2 Prozent bis 9 Uhr und nachher 50 Prozent wie für Sonntagsarbeit, 50 Prozent in vier Werkstätten. Von 16 verheirateten Werkstättenarbeitern waren drei Kollegen 182 Tage arbeitslos und fünf Kollegen 162 Tage krank; von den ledigen Kollegen dieser Kategorie waren eben-falls fünf zusammen 137 Tage beschäftigungslos. Bei den verheirateten Werkstätten- und Bauarbeitern waren 18 Kollegen insgesamt 874 Tage arbeitslos und 11 Kollegen zusammen 364 Tage krank, bei den ledigen Kollegen waren 28 insgesamt 1820 Tage arbeitslos und 9 Kollegen 418 Tage krank. Insgesamt waren von 147 Kollegen im Zeit-raum eines Jahres 74, also genau ein Mann über die Hälfte 383 1/2 Tage wegen Arbeitsmangel oder Krankheit beschäf-tigungslos. Wie jedes Gewerbe seine Berufskrankheit hat, so laborieren die Spengler in der Hauptsache an Rheumatis-mus. Nehulich trübe Zustände lieferten die Erhebungen über die Verhältnisseverhältnisse zu Tage. Die Statistik habe also ein Bild namenlosen Elends entrollt, aber der größte Pessimist unter den Kollegen würde nicht gedacht haben, daß fast unbemerkt vor der breiten Öffentlichkeit in dem Rahmen einer kleinen Zahl von Kollegen, eine solche Summe von Noth und Elend, wie diese trockenen Zahlen für den Former in sich bergen, verborgen sein könnte. Redner schloß seine Ausführungen mit der Aufforderung, die noch fernstehenden Kollegen der Organisation zuzuführen, um im Zusammenhange zu ändern und zu verbessern, was der Ein-

zelne nicht bewerkstelligen könne. Dem Vortrag folgte reichlicher Beifall. Wir können den Kollegen nur raten, der-artige Statistiken, wo die Möglichkeit gegeben ist, zu machen, sie geben ein wirklames Agitationsmaterial und sind für spätere Zeiten ebenfalls werthvoll. Da wir unsere statistische Aufnahme als Broschüre haben erscheinen lassen, hoffen wir auch manchen von denen, die glauben, es wäre nichts mehr zu verbessern, belehren zu können.

Zwickau. Die organisierten Klemperergesellen richteten an die Meister das Ersuchen, die Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden herabzusetzen (ohne Lohnabzug), sowie einen Minimallohn von 18 Mk. pro Woche zu zahlen. Vor den hohen Festen sollte um 4 Uhr Feierabend sein. Die Ge-sellen waren sehr enttäuscht, als ihnen durch den Gesellen-ausschuß mitgeteilt wurde, daß die Zwangs-Annahms-Klemperermeister beschloßen hätten, ihren Gesellen in der Weise entgegenzukommen, indem die Arbeitszeit wie folgt festgesetzt wird: Im Winterhalbjahr auf täglich 8 Stunden, im Sommer dagegen auf 12 Stunden, auch erklärten die Herren, den geforderten Minimallohn nicht zahlen zu können. Den Gesellen wurde nur zugestanden, vor den Festen um 4 Uhr Feierabend zu machen ohne Lohnabzug. Sehr gnädig! Da nun die Gesellen auf keinen Fall auf das freundliche Anerbieten der Meister einzugehen gewillt sind, ersuchen dieselben ihre Berufskollegen, vorläufig Zwickau zu meiden und den hiesigen Klemperergesellen den Kampf um eine bessere Existenz nicht erschweren; der unorganisierten Klemperergesellen Pflicht wird es sein, sich zu organisieren.

Metall-Arbeiter.

Berlin. In der am 6. Mai im Gewerkschaftshause stattgefundenen Generalversammlung lautete die Tages-ordnung: Kassenbericht, Bericht der Revisoren und Anstel-lung eines weiteren Beamten. Kollege Näther theilte mit, daß bei der Firma Rothmann ca. 180 Kollegen im Aus-stand sind wegen Lohnreduktion. Verhandlungen seien ergebnislos geblieben. Ebenfalls seien bei der Firma Heber Differenzen entstanden und 23 Kollegen entlassen worden. Die Sperre bei der Firma Stein bleibe unver-ändert. Hierauf gab Kollege Pöppel den Kassenbericht vom ersten Quartal. Die Einnahmen betragen inkl. des am 31. Dez. 1900 vorhandenen Bestandes von 16 751,43 Mark 82 544,73 Mark. Die Ausgaben weisen unter An-derem folgende Posten auf: Für Reiseunterstützung 341,00 Mark, Arbeitslosenunterstützung 27 552,39 Mark, Nach § 2c 340 Mark, Nachschuß 377,45 Mark, Streit- und Genossenschafts-Unterstützung 7 827,45 Mark, Agitation in der Provinz 1218,00 Mark. Der Hauptkassier über-wiesen 26 751,43 Mark. 20 Prozent der Lokalkasse über-wiesen: 12 926,34 Mark. Zu Gunsten der Hauptkasse ver-blich am 31. März ein Bestand von 5174,67 Mark. Die Lokalkasse zeigt in Einnahme und Ausgabe die Summe von 164 408,82 Mark. Nach den geleisteten Beiträgen, be-läuft sich die Mitgliederzahl auf 22 931 Personen. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kandidaten Decharge ertheilt. Kollege Lubatsch giebt bekannt, daß Kollege Wie-senthal Obmann der Revisoren sei. Kollege Wisenthal gab die Begründung, weshalb die feste Anstellung eines Hilfsarbeiters notwendig sei. Nach reger Diskussion wur-den dessen Ausführungen als richtig anerkannt, und die Wahl vorgenommen. Von der Verwaltung waren die Kollegen Gunter, Lubatsch, Gienke und Wude vorgeschla-gen. Im Ganzen wurden 582 Stimmen abgegeben. Es erhielten Gunter 179, Lubatsch 165, Gienke 93, Wude 90, zerstreut und ungültig waren 55 Stimmen. Die so-fort vorgenommene Stichwahl zwischen Gunter und Lu-batsch ergab folgendes Resultat. Gunter 241, Lubatsch 240 Stimmen.

Friedrichroda. Zugang von Schlossern in die Karoussellfabrik, Kunst- und Bauhölzerei von Johannes Schönau in Friedrichroda ist wegen Lohn Differenzen fern zu halten.

Goldlauter. In der am Sonntag, den 5. Mai, statt-gefundenen, schwach besuchten Versammlung sprach Kollege Ehrler-Wühlhausen über die Mittel des Arbeiters in seinem Kampfe um die Befreiung aus der wirtschaftlichen Knecht-schaft. Wie gut es der Referent verstand, den Anwesenden vor Augen zu führen, unter welchem Druck des Groß-kapitals die Arbeiterschaft zu leiden hat, bewies der Bei-fall, der demselben zum Schluß seiner Ausführungen zu Theil wurde. Eine Resolution, die der hiesigen Ortsver-traltung aufgelegt, die Ortsbehörde zu veranlassen, mit dem Magistrat von Suhl in Verbindung zu treten, behufs Er-richtung eines Gewerbegerichts für Suhl, Goldlauter, Hei-dersbach, Albrechts und Heinrichs, wurde angenommen.

Harburg a. d. Elbe. Am 13. Mai legten sämt-liche Dreher, Schlosser und deren Hilfsarbeiter, nach Pro-klamirung des Generalstreiks, auf der hiesigen Vereinigten Gummiwarenfabrik Harburg-Wien die Arbeit nieder. Zugang ist fernzuzulassen.

Selberbach a. M. Zugang nach hier ist Differenzen halber fern zu halten. Bericht folgt.

Köln-Indenthal. Die Köln-Indenthaler Metallwerke (früher Allright Fabradwerke) finden in auswärtigen Zei-tungen Schlosser, Schleifer und Monteure bei hohem Lohn und dauernder Stellung. Wir warnen die Kollegen aller-orts, diesem Vortruf zu folgen, denn in dieser Werkstätte herrschen jammervolle Zustände. So ist durchweg in allen Betrieben das Akkordsystem eingeführt; die Akkordpreise stehen so niedrig, daß ein gut eingeschlachter Arbeiter von Morgens früh bis Abends spät fast arbeiten muß, um etwas zu ver-dienen. Nun kommt es aber täglich vor, daß die Arbeiter stundenlang auf Arbeit warten müssen. Die Folgen davon sind, daß häufig Fälle vorkommen, wo der Arbeiter noch keine Mark pro Tag verdient. In diesem kommt noch, daß keine Pausen verkehrt, ohne daß in irgend einem Betriebe Akkordabzüge stattfinden. So in letzter Zeit in der Schlosserei, Montage und jetzt in der Schleiferei wieder 20 Prozent. Die Monteure ließen sich die Abzüge nicht gefallen und legten die Arbeit nieder; nach Umlauf eines Tages sah sich die Direktion gezwungen, den alten Preis vorläufig weiter zu bezahlen. Bei dieser Gelegenheit äußerte der Direktor Jaak Windmüller den Arbeitern gegenüber: Die hiesigen Arbeiter würden sich das schon gefallen lassen. Die Heber wären die fremden Jungvögel, die heute hier und morgen

bort arbeiten. Trotzdem sucht er immer wieder neue Zugvögel von auswärts heranzulocken. In einem uns vorliegenden Schreiben verspricht der Herr einen täglichen Verdienst von 5-6 M. Nun verschiedene Kollegen haben ja schon erfahren, wie es mit diesem Versprechen ausfällt. So waren einige Schlosser und Schleifer von auswärts durch solche Versprechen herbeigelockt, und nachdem sie einige Wochen gearbeitet, hatten sie so viel verdient, daß sie sich von ihren Frauen das Reisegeld schicken ließen, um wieder nach Hause fahren zu können. So sieht es mit dem versprochenen hohen Lohn aus. Wollen nun die Kollegen vor Enttäuschungen bewahrt bleiben, so meiden sie diese Wertstelle. Sorge ein Jeder dafür, daß der Zugzug von Metallarbeitern aller Branchen nach Köln streng ferngehalten wird, denn am Orte befinden sich genug Arbeitslose, ferner werden Maßregelungen vorgenommen.

Marburg. Ueber das Thema: „Die gegenwärtige Lage der Metallindustrie“ referierte am 4. Mai in einer öffentlichen Versammlung Kollege Martensteg-Offenbach. Die Ausführungen des Referenten fanden den Beifall der leider schlecht besuchten Versammlung. In die Ortsverwaltung wurden neu gewählt die Kollegen W. Augustin, W. Hammer und R. Pfaff. Kollege Faulstich schiederte die Verhältnisse des Werkes in Ostheim und Kollege Augustin die der Firma Lauer.

Aus Thüringen. Die Firma Simson u. Co., Waffen- und Fahrradfabrik in Heinrichs bei Suhl, sucht in mehreren bürgerlichen Zeitungen Metallarbeiter unter der Versprechung dauernder und lohnender Arbeit. Diese Versprechungen entsprechen nicht den Tatsachen und ich fühle mich verpflichtet, dies den Kollegen mitzuteilen. Da ernd e Arbeit kann die Firma deswegen nicht versprechen, weil ihre Fabrik mit einem Raubenschläge verglichen werden muß. Nach den glaubwürdigen Versicherungen der meisten Arbeiter und Einwohner von Heinrichs wird dort Alles eingestellt, was kommt, weil sonst bei der großen Arbeiterflucht die Firma ihren Arbeiterbestand von 300-400 Mann nicht aufrechterhalten könnte. Dieser starke Wechsel ist aber begreiflich, wenn man hört, daß dort Löhne von 4, 5 und 6 Mark pro Woche bezahlt werden. Darum ist auch die Zuficherung Lohnender Arbeit nicht den Verhältnissen entsprechend. Dies diene den Kollegen zur Kenntnisnahme. — Ganz eigenartige Verhältnisse existieren in der Nadelfabrik in Schtershausen. Die dortigen Arbeiter sind fast alle auf diese Fabrik angewiesen. Sie sind meist durch einen, wenn auch noch so kleinen Grundbesitz, an Schtershausen gefesselt. Da ihr Besitz aber viel zu klein ist, um sie ernähren zu können, eine andere Fabrik am Orte jedoch nicht existiert, sind sie wohl oder übel gezwungen, ihre Arbeitskraft dahin zu verkaufen. So ist es auch begreiflich, daß der größere Teil der dort beschäftigten männlichen Arbeiter bereits über 15 Jahre dort ist. Ungefähr 40 Prozent arbeiten schon über 20 Jahre in der Fabrik. Dementsprechend sind auch die Löhne. Die Stundenlohnsätze bewegen sich fast durchschnittlich unter 20 Pfg. Der von mir bis jetzt ermittelte Durchschnitt beträgt 18 Pfg. Auch Behandlung und die sanitären Verhältnisse lassen sehr viel zu wünschen übrig. — In Schwarz, einem Dorfe bei Meiningen, sind zwei kleinere Fabriken, eine Gießerei mit ca. 35 und eine Maschinenwerkstätte mit 12 Arbeitern. Die Kollegen daselbst haben sich unlängst organisiert. Daraufhin hat der Besitzer der Gießerei ihnen ein Zirkular mit Schmähungen auf den Deutschen Metallarbeiterverband vorgelegt und den Austritt aus dem Verbands verlangt. Die Kollegen unterschrieben den Brief, um nicht gemäßigert zu werden. In denselben wurden unter anderem auch die Arbeiter als milchgebende Kühe für den meißenden Verband bezeichnet. Eine treffliche Antwort erteilten die Kollegen ein paar Tage darauf, als der Fabrikant einen älteren, krank gewordenen Arbeiter aufs Pflaster setzte, indem sie auf dem Platte desselben ein Plakat anbrachten, das die Inschrift trug: „Eine gemolene Kuh.“ Das Plakatenbenutzte hat auch hier Wurzel gefaßt. — Die Drahtseilfabrik in Sömmerda sucht in auswärtigen Blättern Arbeiter und Arbeiterinnen. Da in dieser Fabrik vor wenigen Wochen erst größere Entlassungen vorgenommen wurden, ist Vorsicht sehr am Platze. — Der Zubrang von arbeitslosen Kollegen nach Suhl ist so groß, daß bei dem jetzigen flauen Geschäftsgange daselbst nicht der zwanzigste Teil darauf rechnen kann, Arbeit zu finden. Das Gleiche läßt sich von Erfurt sagen. Auch in Eisenach herrscht eine sehr deprimierende Geschäftslage. Während des Sommers wurden in der dortigen Fahrzeugfabrik sehr viele Nachschichten gemacht. Jetzt hat man zahlreiche Arbeiter aufs Pflaster gesetzt.

Fritz Ehrler.

Schläger.

Rehnsen. Die hiesigen Schläger haben am 5. Mai bei ihren Meistern die Kündigung eingereicht. Da unsere Meister die Gewohnheit haben, erst vor Ablauf der Kündigungsfrist mit der Gehilfenkommission zu unterhandeln, so unterliegt es keinem Zweifel bei der gegenwärtigen Geschäftslage, daß sich beide Parteien in annähernd befriedigender Weise vereinigen werden. Von einer Arbeitsniederlegung wird daher kaum die Rede sein. Sollten wir aber durch eine unvermutete Hartnäckigkeit von Seite der Arbeitgeber in den Ausstand getrieben werden, so schließen sich letztere nur selbst, da ein Ersatz von Arbeitskräften nicht vorhanden ist, und zudem noch ein größerer Teil lediger Kollegen abreisen wird. Zugzug von Brettschlagern ist fernzuhalten.

Schlosser u. Maschinenebauer.

Altenburg. Am Donnerstag, den 9. Mai, haben die Schlosser der Ringschiffbranche, 14 Mann, in der Nähmaschinenfabrik von Herrn Köhler wegen Akkordabzug die Arbeit niedergelegt. Für eine gewisse Arbeit gab es 40 Pfg. Vor einiger Zeit teilte nun die Firma mit, daß man 5 Pfg. von dieser Arbeit abziehen müsse. Die Konkurrenz, die bei derartigen Handlungen immer ins Feld geführt wird, mußte wieder herhalten und da die Unternehmer bekanntlich von ihrem Verdienst nichts einbüßen wollen, so wälzt man es auf die Schultern der Arbeiter. Um die Sache nicht auf die Spitze zu treiben, ging man

damals darauf ein mit der Bedingung, daß weiter kein Abzug nachfolge, welches Versprechen auch gegeben wurde, was aber leider nur von sehr kurzer Dauer sein sollte, denn jetzt erklärt die Firma wiederum, noch 5 Pfg. abziehen zu müssen. Daß die Arbeit für diesen Preis zu machen sei, war unmöglich. Herr Köhler hatte voriges Jahr, wie gleichfalls Differenzen in dieser Fabrik ausgebrochen waren, seinen Arbeitern erklärt, daß ein Familienvater pro Tag 4 Mark verdienen müsse, um auskommen zu können, ein Urtheil, das man wohl anerkennen muß. Aber wie sieht es denn jetzt aus, wenn nach Abzug ein eingetragener Arbeiter höchstens 2,50 Mark pro Tag verdienen kann? Man will den Arbeitern immer plausibel machen, daß die Herren Fabrikanten noch ein Herz für sie haben, daß es den Fabrikanten darum zu thun sei, einen Stamm von Arbeitern zu erhalten und auf der anderen Seite kommt man fortwährend mit Abzügen. Die Arbeiter glaubten, um es nicht zum Neuffersten kommen zu lassen, eine Einigung herbeizuführen, indem man sich mit einem Abzug von noch 2 Pfg. pro Stück einverstanden erklären wollte, ein Entgegenkommen seitens der Arbeiter, was wohl jeder Mensch anerkennen, nur Herr Köhler nicht. Es bleibt bei dem bestimmten Abzug und wenn's nicht paßt — geht, war die Antwort. Der Direktor Schud betz. Fabrik bringt es fertig, den Leuten zu sagen, die Arbeiter zeigten zu wenig Entgegenkommen. Also die Arbeiter sollen mit Allem, was man ihnen bietet, zufrieden sein. Ob die Arbeiter sich satt essen können, ist Nebensache, nur nicht müden und ja nicht an dem Geldsack des Unternehmers rütteln, wenn man nur als Direktor alljährlich seine silberne Hochzeit feierte, glaubten die Arbeiter, diesen Tag nicht so ganz ohne eine kleine Ehrung vorübergehen lassen zu sollen und überreichten ihrem Chef ein Diplom. Herr Köhler war darüber sehr gerührt und sprach die schönen Worte aus, daß er wünsche, daß auch für die Zukunft diese Anhänglichkeit seitens der Arbeiter an das Geschäft bestehen bleibe; er überreichte auch der Fabrikunterstützungskasse 1000 Mark. Wie sieht es jetzt? Wer es, der den Unfrieden herbeiführt, die gewünschte Anhänglichkeit zerstört? Wenn es doch die Arbeiter einsehen wollten und sich nicht mehr an irgend welchen Jubiläen beteiligten; denn es ist doch nun eine bekannte Tatsache, daß die Arbeiter immer nur diejenigen sind, die da — alles bezahlen müssen.

Ziingießer.

München. Mit dem 1. Mai traten die Erfolge der Lohnbewegung der Ziingießer in Kraft. In sämtlichen Werkstätten wird von diesem Tage an nach den getroffenen Vereinbarungen gearbeitet. Nicht nur Siegesfreude ist es jedoch, die die Ziingießer Münchens auf ihre am 15. April beendete Lohnbewegung stolz zurückblicken läßt, sie leben der Ueberzeugung, daß sie ein ganz gewaltiges Stück Kulturarbeit vollbracht haben. Wo es gilt, Hindernisse aus dem Wege zu räumen für die allgemeine Entwicklung, da ist es die organisierte Arbeiterkraft, die mit Entschiedenheit den Kampf führt. Wie jede Tarifbewegung, welche die Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz, die Hebung des Berufes, sowie das vernünftige Zusammenwirken von Arbeiter und Unternehmer anstrebt, auf eine bestimmte Zeit Angriffs- und Abwehr-Streiks ausschließt, so war auch die Bewegung der Ziingießer von diesen Motiven getragen. Durch die gewaltige Differenz der Lohnsätze in den verschiedenen Geschäften war es möglich, bei den Abschlüssen mit den Großbrauereien Münchens Unterbietungen zu machen, so daß verschiedene besserzahlende Geschäftstrumen auf solche Arbeiten verzichten mußten. Durch den errungenen Minimaltarif, der für einzelne Geschäfte eine Steigerung des Lohnsatzes von durchschnittlich 25 Prozent bedeutet, wurde ein Ausgleich geschaffen. Wenn jetzt die sogenannte freie Konkurrenz zügellos arbeitet, so geschieht es wenigstens nicht mehr auf Kosten der Knochen der Arbeiter. Die Anerkennung des Maximaltarifs bürgt den Arbeitern dafür, daß auch in den Geschäften, die bis jetzt höhere Preise bezahlten, als sie durch den Tarif vereinbart sind, auf die Dauer des Tarifvertrages (das ist bis 1. Mai 1903) Lohnreduzierungen in diesen Artikeln, die der Tarif umfaßt, nicht vorgenommen werden dürfen. Infolge höherer Lohnsätze kann auch vom Arbeiter verlangt werden, daß er saubere und solide Arbeit liefert, was bisher vielfach nicht ausschließlich der Fall war. Der Erfolg der Ziingießer lehrt, daß nur die Organisation der Faktor ist, der im Stande ist, bessere Verhältnisse herbeizuführen, die richtig betrachtet sowohl zum Nutzen des Arbeiters als auch zum Nutzen des Arbeitgebers ausschlagen.

An die Verwaltungsstellen in Thüringen!

Laut Beschluß der Bezirkskonferenz in Gera am 12. Mai ds. Jrs. wurde Kollege Fritz Ehrler als Bezirksvertrauensmann wiedergewählt. Die Adresse desselben ist: Mühlhausen i. Th., Stülerstraße 21.

Rundschau.

Was ist die Hauptaufgabe der modernen Arbeiterbewegung? Durch die Gewerkschaftspresse macht gegenwärtig ein Artikel des bekannten Volkswirtschaftlers Richard Calwer die Runde, in dem Vorschlag bei Lohnkämpfen zur Zeit der Krise empfohlen wird und in dem der Verfasser weiter den Arbeitern rät, sich Kenntnisse über die jeweilige Lage des Arbeitsmarktes anzueignen. Calwer bertritt damit einen Standpunkt, den die Führer der Gewerkschaftsbewegung immer vertreten haben. Doch dem „Correspondent“, dem Organ des Buchdruckerverbands, war es vorbehalten, den Schatzmachern eine Freude zu bereiten — einem Blatt, das von Unternehmern subventioniert wird, hätte dies nicht besser gelingen können — indem er an die Ausführungen Calwers folgende Kritik knüpfte: „In der Theorie thun sich jene Leute etwas zu Gute darauf, die Arbeiter vor schädlichen Kämpfen zu bewahren, und reden der friedlichen Verständigung das Wort, in der Praxis wird nach dem Ausdruck des Maurer Jakob verfahren: den Haß gegen die Unternehmer zu führen.“

ist die Hauptaufgabe der modernen Arbeiterbewegung.“

Schloffer kann ein „Arbeiterblatt“ wirklich nicht urtheilen, und die übrigen Gewerkschaften Deutschlands thun gut daran, auf dem nächsten Gewerkschaftskongreß zu unterziehen, was sie mit einer Organisations, deren Organ derartig urtheilt, noch zusammenhält.

„Sagt es?“, fragt die Eisenzeitung, das Schatzmacherorgan erster Güte, anlässlich der Ernennung des Großkapitalisten Möller zum Handelsminister und stimmt dann einen Lobgesang auf den neuen Mann an. Die Art der Freude der Eisenzeitung läßt die Arbeiter nicht darüber im Zweifel, daß Möller der Minister der Schatzmacher ist und die Arbeiter alle Ursache haben, mehr denn je auf dem Posten zu sein.

Ein Antrag auf Errichtung einer Arbeiterkammer in Bremen wurde dort von sozialdemokratischer Seite gestellt. Derselbe hat folgenden Wortlaut: „Die Bürgerchaft beschließt die Errichtung einer Arbeiterkammer für das Bremische Staatsgebiet. Sie ersucht den Senat um seine Zustimmung und um die alsbaldige Vorlegung eines entsprechenden Besetzungsurtheils auf nachfolgender Grundlage: a) Zusammensetzung: Die Arbeiterkammer soll bestehen aus einem vom Senat zu bestellenden Sekretär, der die Geschäfte der Kammer besorgt, und etwa 24 Arbeiter-Vertretern, welche in allgemeinen direkten Wahlen mit einfacher Mehrheit seitens der großjährigen Arbeiter gewählt werden. Als beratende Mitglieder kann die Arbeiterkammer noch besondere Sachverständige, wie Ärzte, Techniker u. s. w., zuziehen. b) Tätigkeitsgebiet: Aufgabe der Arbeiterkammer soll sein: die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter. Sie ist berufen, auf Alles, was der Arbeiterklasse dienlich sein kann, fortwährend ihr Augenmerk zu richten und dem Senat auf seinen Antrag oder auch unaufgefordert gutachtlich zu berichten, wie auch die ihr zur Förderung der Interessen der Arbeiter angemessenen erscheinenden Maßregeln bei den zuständigen Behörden zu beantragen. Ueber alle die Arbeiterverhältnisse betreffenden Gesetze wird vor deren Erlaß die Arbeiterkammer zu einer Begutachtung veranlaßt. Als nächste Aufgaben der Arbeiterkammer sind zu betrachten: Sammlung und Bearbeitung von Material über die Lohn-, Arbeitszeit-, fittliche und hygienische Wohnungs- u. Verhältnisse der Arbeiterbevölkerung, Unterstützung der staatlichen Gewerbeaufsicht, Errichtung eines Bureaus für unentgeltlichen Arbeitsnachweis für alle gewerblichen und landwirtschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, Schiffsmanuskripten, sowie Dienstboten aller Art.“

Eine Regelung der Anstellungsverhältnisse der Arbeitersekretäre erfolgte in der letzten Sitzung des Hamburger Gewerkschaftskartells. Die von dem Verein Arbeiterpresse aufgestellten Grundsätze, betr. Kündigungsfrist, Ferienurlaub, Arbeitszeit, Gehaltszahlung u. s. w. wurden einstimmig gutgeheißen und als für die Arbeitersekretäre gültig anerkannt. Bei der finanziellen Lage des Kartells konnte man sich indeß nicht entschließen, die von der Kartellkommission vorgezeichneten Alterszulagen von jährlich 100 Mark bis zu einem Endgehalt von 3600 Mark festzulegen. Man begnügte sich damit, das Anfangsgehalt auf 2500 Mark festzusetzen.

Das Gewerkschaftskartell in München beschloß die Anstellung eines mit den Münchener Verhältnissen vertrauten besoldeten Sekretärs, der die geschäftlichen Arbeiten zu besorgen und das Kartell nach außen zu vertreten hat. Für die Stelle, die öffentlich ausgeschrieben wird, ist ein Minimalmalgehalt von 2000 Mark jährlich bewilligt.

Belgien. Der 16. Jahreskongreß des Belgischen Metallarbeiterverbandes findet zu Pfingsten im Maison du Peuple in Brüssel statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Sekretärs; 2. Berichte der Gruppen; 3. Regelung der Lohnzahlung; 4. Akkordarbeit; 5. Die Zentralisation des Verbandes; 6. Die internationalen Berufsverbände; 7. Die internationale Organisation; 8. Unifikation der Löhne; 9. Der Kampf für das allgemeine Wahlrecht; 10. Verschiedenes. — Der 6. und 7., besonders aber der 5. Punkt wird eine große Debatte hervorrufen, da man eine Zentralisation, ähnlich der deutschen, zu schaffen gedenkt.

Aus anderen Berufen und Organisationen.

200 Kupferschmiede befinden sich in Hamburg im Ausstand. Eine Anzahl Kupferschmiede waren, weil sie am 1. Mai gefeiert hatten, auf 10 Tage ausgesperrt worden. Dies Vorgehen wurden von den Kupferschmieden durch folgende Forderungen beantwortet: 1) Kein Kupferschmied in Hamburg darf durch den Arbeitsnachweis der Eisenindustriellen am Kraienkamp in Arbeit treten, sondern nur durch den Arbeitsnachweis der Kupferschmiedegesellen bei Herrn H. Fied, Rosenstraße Nr. 37. 2) Der Minimallohn beträgt 50 Pfg. pro Stunde und ist eine allgemeine Rechnerhöhung von 10 Proz. zu gestärken. 3) Stadtmontagen werden pro Stunde mit 10 Pfg. vergütet. 4) Montagen außerhalb der Stadt, wenn Wohnung täglich nicht erreicht werden kann, nach Vereinbarung, jedoch nicht unter 3 Mt. pro Tag. Die Schatzmacher drohen mit der Aussperrung anderer Berufsgruppen, wenn die Kupferschmiede nicht zu den alten Bedingungen die Arbeit aufnehmen.

Keine Streikbrecher nach Schweden! Seit einem halben Jahre sind die Arbeiter der Waggonfabrik in Alsfeld bei Mainz (Schweden) ausgesperrt, nachdem erst der arbeitserfreundliche Fabrikant Ludwig Böjfel durch Drangsalierungen versuchte, die Löhne herabzusetzen. Der Konflikt umfaßt Eisen- und Metallarbeiter, Gießer, Holzarbeiter und Hilfsarbeiter, insgesamt 300 Mann, die Mitglieder ihrer Verbände sind.

Litterarisches.

Von der **Kommunen Praxis**, Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt (Dresden, Verlag Kaben u. Komp.) ist uns jeben die Nr. 7 des 1. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Kurs und Zins von Kommunalanleihen. — Die Arbeiter und die Wohnungsfrage. — Die rheinische Bourgeoisie und das Kommunalwahlrecht. — Aenderung des Klassenwahlrechts in Bremen. — Wer ist ein Angehöriger. — Kugelohn und Fluterbliebenenversorgung

städtischer Bediensteter und Arbeiter in Braunschweig. — Sommerurlaub für städtische technische Arbeiter in Berlin. — Elektrische Straßenbahn in Braunschweig. — Kulturaufgaben leiden nicht. — Wohnungssequete in Koburg. — Wohnungssequete in Braunschweig. — Wohnungsaufsicht in Bayern. — Organisation der Arbeiter. — Erbbaurecht in Halle a. S. — Protest gegen die Erhöhung der Getreidezölle. — Die Sterblichkeit in der Berliner Säuglingsbewahranstalt. — Die Aufgaben der neu errichteten Gesundheitskommission für Altdorf. — Zentralwasserprüfungsstelle. — Die ungerechteste Steuer. — Die Aufhebung der Luftabgabensteuer. — Einkommen- und Umsatzsteuer der Konsumverehne. — Herabsetzung einer Umsatzsteuer. — Leistungen von Mittelstädten für die Armenpflege. — Hausbesitzer und Wohnungsreform. — Gegen die Müllplage. — Gemeindevertreterkonferenz für das Herzogtum Gotha. — Generalversammlung des Verbandes der Kommunalbeamten Mittel- und Niederdeutschlands. — Riesendörfer und Zwergstädte in Deutschland. — Der Jörn der Hausagrarien. — Gemeindefabrikate in Italien. — Eine Enquete über sächsische Gemeindeverhältnisse.

Die Kommunale Praxis erscheint monatlich zweimal. Preis vierteljährlich 1 Mk. (eingetragen in der Postzeitungsliste für 1901 unter Nr. 4019a, 4. Nachtrag.

Briefkasten.

Raummangels halber müßten etliche Korrespondenzen zurückgestellt werden.

S., Dessau. Sie müssen uns die Daten und die Zeitungsnummern, in der diese bekannt gegeben werden sollen, für das ganze Jahr angeben, das hatten Sie nicht gelhan.

Karlruhe-Mühlburg, Mühlhausen i. G. und andere Orte: Versammlungsanzeigen müssen stets bis Dienstag früh in unseren Händen sein, sollen sie in der, die betr. Woche erscheinende Nummer Aufnahme finden.

S., Zuttlingen und S., Ravensburg. Derartige Aufforderungen erlassen wir nicht.

Zur Beachtung für die Delegierten der Generalversammlung des D. M.-V.

Das Empfangskomitee wird am 26. und 27. Mai permanent am Zentralbahnhofe anwesend sein.

Erkennungszeichen: Roth-weiße Schleife

Das Empfangslokal ist im Hotel „Deutscher Kaiser“, Königsstraße 55, 1. Stock.

Das Lokalkomitee.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

In jeder Versammlung finden Aufnahmen statt und werden Beiträge entgegengenommen.

- Alfeld a. Leine. Samstag, den 18. Mai, Abends halb 8 Uhr, bei Hermanns.
Altenburg. Sonnabend, den 18. Mai, Abends halb 9 Uhr, im „Lionel“. Bericht von der Konferenz.
Aschaffenburg. Samstag, 25. Mai, Abends halb 9 Uhr, im „Bayerischen Hof“, Löherstraße.
Aschersleben. Sonnabend, 25. Mai.
Baden-Baden. Samstag, 25. Mai.
Barmen. Sonnabend, den 25. Mai, Abends 8 Uhr, bei Carl Amtage, Steinstraße 2-4.
Barmen-Elberfeld. Samstag, 25. Mai, Abends halb 9 Uhr, bei Thiel, Parlaamentstraße 5, Barmen.
Bitterfeld. Sonnabend, den 25. Mai.
Braunschweig. (Sektion der Klempner.) Sonnabend, den 18. Mai, Abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Werder 32.
Bremen. Sonntag, 26. Mai, Abends halb 9 Uhr, im Vereinshaus, Hannestraße 21/22.
Brieg. Sonnabend, 18. Mai, Abends halb 9 Uhr, im „Goldenen Adler“, bei Jettel, Mühlbann.
Crimmitschau. Sonnabend, den 25. Mai, Abends halb 9 Uhr, in Ahneris Herberge, Johannisplatz.
Dessau. Sonnabend, den 18. Mai, Abends 8 Uhr, im „Burgkeller“, Amalienstraße. Geschäftliches. Die Schmiebe und der D. M.-V.
Dietrichsdorf, Hennrichen a. Jag. Sonnabend, den 25. Mai, Abends halb 9 Uhr, im Herr's Gasthof, Wellingdorf.
Dortmund. Samstag, den 25. Mai, Abends halb 9 Uhr, Kampstraße 73.
Dortmund. (Sektion der Klempner u. Installateure.) Samstag, den 25. Mai, Abends halb 9 Uhr, bei Grünert, Stubengasse 4.
Eibels i. S. Sonnabend, den 25. Mai, Abends halb 9 Uhr, in der „Mühlenterrasse“.
Erlach. Samstag, 25. Mai, Abends halb 9 Uhr, im „Lionel“.
Erfurt. Samstag, 18. Mai, Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Eisenberg. Mittwoch, 22. Mai, Abends halb 9 Uhr, im Post-Haus.
Frankenthal. Samstag, den 18. Mai, Abends halb 8 Uhr, bei Margand, Reihgasse 33. Die gegenwärtige Situation des Erztes bei Bettinger u. Halle. Kartellbericht.
Fichtelungen. Jeden 2. und 4. Samstag im Monat im „Rögle“.
Gera. Sonnabend, den 25. Mai, Abends 8 Uhr, in Baders Lokal, Waldstraße.
Jäger-Schlöss. Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, Nachmittags 5 Uhr, bei Steinbauer, Selbstmstraße.
Jena. Jeden letzten Sonntag im Monat, Nachm. 8 Uhr, bei Bode, Poststraße 3.
Jena. (Schloß, Döcher und Maßhauer.)

- Dinstag, den 21. Mai, Abends halb 9 Uhr, bei Gilmer, Gänsemarkt 35.
Hannover. (Allg.) Sonnabend, 25. Mai.
Harburg. Sonnabend, den 25. Mai, Abends halb 9 Uhr, bei Büschhop, Bergstraße 7.
Heilbronn. (Allgem.) Samstag, 25. Mai, Abends halb 9 Uhr, in der „Rosa“.
Herford i. W. Montag, 24. Mai, Vorm. 10 Uhr, bei Pieper, am Rennthor.
Jena. (Allg.) Sonnabend, 18. Mai, Abends 8 Uhr, in der „Krone“.
Jiel. (Beide Sektionen.) Mittwoch, 22. Mai, Abends halb 9 Uhr, bei Ahrens, Alte Reihe 8. Fortsetzung der Diskussion über Anträge zur Generalversammlung.
Karlsruhe. (Sektion der Blechner u. Installateure.) Montag, Abends 8 Uhr, im „Gold-Kreuz“. Vortrag.
Karlsruhe. (Sämtliche Sektionen.) Samstag, den 18. Mai, Abends halb 9 Uhr, bei Möhrlein, Kaiserstraße 13. Stellungnahme zur Generalversammlung. Sonntag, den 25. Mai, bei Möhrlein.
Karlsruhe. (Sektion der Bauarbeiter.) Samstag, 4. Mai, Abends halb 9 Uhr, in der Restauration „Auerhahn“, Schützenstraße 58. Lokalfrage.
Lehr. Sonnabend, den 18. Mai, Abends halb 9 Uhr, im Heitbrink'schen Lokale, Heißfelderstraße.
Ludwigshafen a. Rh. Samstag, 25. Mai, Abends halb 9 Uhr, im „Wittelsbacher Hof“, Ecke der Jäger- und Marktstraße.
München. (Sektion der Siebmacher u. Drahtarbeiter.) Samstag, den 18. Mai, Abends 9 Uhr, bei Niedermier, Klenzstraße 62.
Münster. Freitag, 24. Mai, Abends halb 9 Uhr, bei Kellermann, Blönerstraße.
Neusalz a. Oder. Samstag, 25. Mai.
Neustadt i. M. Am 25. Mai.
Niedersiedlitz. Montag, den 20. Mai, Abends halb 9 Uhr, bei Lehmann, Gr. Fischgraben.
Nürnberg. (Sektion d. Schleifer, Polirer u. Vernickler.) Samstag, 25. Mai, Abends 8 Uhr, im Café Uert.
Ohligs. Samstag, 25. Mai, Abends halb 9 Uhr, im Lokal Kornweibel.
Pirna. Sonnabend, den 25. Mai, Abends halb 9 Uhr, bei Lehmann, im „Carolabad“.
Rastatt. Samstag, 18. Mai, Abends halb 9 Uhr, im „Rothem Haus“.
Regensburg. Samstag, 25. Mai, Abends 9 Uhr, im „Goldenen Ritter“.
Rheydt. Jeden 1. Sonntag im Monat bei Carl Unbach, M.-Gladbach, Rheydterstraße. Jeden 3. Sonntag im Monat in Rheydt bei Johann Paland, Friedensstraße, Verkehrslokal.
Röhlau. Sonnabend, 25. Mai, bei Schreiber, Feldstr. Sonnabend, 18. Mai, in Meinsdorf, bei Jöhne.
Schm. Gmünd. Samstag, 18. Mai, Abends 8 Uhr, in der „Kanne“. Beprechung unseres Stiftungsfestes.
Schwelm. Montag, den 20. Mai, Abends punkt 9 Uhr, bei Ebinghaus, Schulstraße.
Schwelm i. W. Montag, 20. Mai, Abends 9 Uhr. Wahl der Unterclassierer und Bezirksbeirtheilung. Festangelegenheit. Die Aktiengesellschaft „Silezia“.
Seibaldsbrunn. Sonnabend, 18. Mai, Abends halb 9 Uhr, bei Hamoni.
Singen. Samstag, den 18. Mai, Abends 8 Uhr, im „Deutsches Hof“.
Solingen. Samstag, den 18. Mai, Abends halb 9 Uhr, bei v. Geels, Kronenbergerstraße.
Steglich. Sonnabend, 18. Mai. Jeden Dienstag nach dem 15. des Monats, Abends halb 9 Uhr, bei Schellhase, Hornstraße.
Straßburg i. El. Samstag, den 25. Mai, Abends halb 9 Uhr, bei Vogel, Weiskirchstraße 1.
Stuttgart. (Allg.) Samstag, 25. Mai.
Stuttgart. (Schmiebe.) Samstag, 18. Mai, Abends 8 Uhr, im „Bären“. Vortrag.
Tauschwitz. Samstag, den 18. Mai, Abends halb 9 Uhr, bei Wittwe Detelshofen. Vortrag.
Treiberg. Samstag, 18. Mai, Abends halb 9 Uhr, im „Bad“.
Trossingen. Samstag, 25. Mai, Abends 2 Uhr, im „Schlößle“.
Tuttlingen. Samstag, den 18. Mai, bei Wegel, im „Goldenen Adler“, Jägerhofstraße.
Velbert. Samstag, 25. Mai, Abends halb 9 Uhr, bei Wihl, Bollens, Friedriehstraße 7.
Worms. Samstag, 25. Mai, Abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Zuffenhausen. Die Versammlung fällt am 25. Mai aus, nächste Versammlung am 8. Juni.
Zweibrücken. Samstag, 25. Mai, bei Schäfer, zu den „3 Linden“.

Jachen. Die Kollegen Ollen, Saufenberg und Jungfer sind als Kandidaten zur Gewerbegerichtswahl angesetzt. Wir ersuchen die Kollegen kräftig für dieselben zu agitiren.
Jagstburg. Der Arbeitsnachweis der Seilenhauer ist bei Rudolf Reuberger, Rettengasse G. 230, 1. Stock. Besichtigung von 12 bis 1 Uhr Mittags und Abends von 6 bis 7 Uhr, Sonntags 12-1 Uhr Mittags. Organisirte erhalten 80 Pfg., unorganisirte 50 Pfg. Lokalgeschenk. Umgehenden verboten.
Jerlin. Sonntag, 9. Juni, 16. Juni und 23. Juni, Sonntags 9 Uhr haben in der „Urania“, Lindenstraße für unsere Mitglieder Vorstellungen statt. Zur Darstellung gelangt: „Major Rhein“. Billets à 70 Pfg. inkl. Garderobe sind bei den Kassierern sowie im Verbandsbureau erhältlich.
Jerlin. In unserer 10-jährigen Stiftungsfest findet am Sonnabend, den 22. Juni ein großes Sommerfest auf der „Seeterrasse Nichtenberg“ statt. Der Eintrittspreis beträgt 20 Pfg. Billets sind durch die Kassierer und das Verbandsbureau zu beziehen.
Karlsruhe. Am 2. Pfingstfesttag Auszug nach Schwettersbach-Schwigsquelle. Zusammenkunft Morgens 5 Uhr beim Lionel, Müppnerstraße.

Jiel. Der Arbeitsnachweis der Seilenhauer für Schleisweg-Polstein befindet sich in Jiel bei Herrmann Sack, Rehmberg 8, 2. St. Umgehenden streng verboten. Zuwiderhandelnden wird das Lokalgeschenk entzogen.
Jresfeld. Kaffier Bernh. Rose hat die Geschäfte wieder übernommen. Er wohnt Friedhofstraße 37.
Stuttgart. Einer wichtigen Organisationsangelegenheit wegen werden die Kollegen um zweckdienliche Angabe der Adresse, bezw. des Aufenthalts von Ferdinand Vahle, Maschinentechniker, freundlichst ersucht an die Adresse: Haug, Tannenstraße 9, Stuttgart.
Zuffenhausen. Pfingstmontag gemüthliche Zusammenkunft im Gasthaus zum Adler, Stuttgarterstraße 1, Abends 8 Uhr.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (G. J. Nr. 29), Hamburg.
Grünberg. Samstag, den 18. Mai, Abends halb 9 Uhr, bei Lehmann, im „Braunen Hirsch“.
Kummelsburg. Sonnabend, 18. Mai, Abends halb 9 Uhr, bei Dind. Müller, Türschmidtstr. 37. Kassenbericht. Wahl eines Vergütungskomitee zum diesjährigen Stiftungsfest. Interne Kassenangelegenheiten.

Privat-Anzeigen

Engros. Preisliste franko! Versand.
Konkurrenzlos billig, reellste Fabrikate!
für die Redität der Fabrikate sprechen zahlreiche Anerkennungen. Unstreitig vortheilhafteste Bezugsquelle. Ferner empfehlen:
Cigarillos 100 St. 1,50
500 Stück 7,-
Verfaud und Verkauf nicht unter 100 Stück von einer Marke, 300 St. portofrei unter Nachnahme.
— Nichtkonvertierendes erbiten, auch angebrochen, auf unsere Kosten gegen Rückerstattung des Betrages zurück. Bei Entnahmen von 500 St. gewähren 3 Proz., bei 1000 Stück 6 Proz. Rabatt, wenn sich Besteller auf diese Zeitung bezieht. [55]
Ozollek & Geballe,
100 Stück Zigarren-Engros-Lager Mk. 3,75. Berlin W. 100 Stück Mk. 4.10.
Unter den Linden 20, Hof L. Crepp.
Telephon-Amt I, 502.

D. R. Patent für Bierunterfab
mit Kontrollvorrichtung, äußerst einfach praktisch und zuverlässig, entweder ganz oder in Lizenzen preiswerth abzugeben.
Offerten an
Hubert Bocken u. Co.,
G. m. b. H., Düren.

Gutgehende Seilenhaueri
zu kaufen gesucht. Offerten erbeten an
H. Köhler, Leipzig-Neuschönefeld, Kirchstraße 77.
Der Klempner
Hugo Hertwig
aus Sebnitz wird aufgefordert, seine Adresse seinen Eltern mitzutheilen. [50]

Zwei tüchtige Gelbgießer
für Drehbank und Zehrautstock sofort gesucht.
Wilh. Koch,
Selbgießerei, Saalfeld a. S.
Ein tüchtiger Messerschmied, selbstständiger Arbeiter, bei hohem Lohn für sofort gesucht.
Gebr. Mosler, Dampf Schleiferei, Rattowisch O.-S.
Ein ordentlicher [51]

Messerschmied
für neue Waare und Reparaturen, zuverlässiger Arbeiter, sofort dauernd gesucht. Jüngere Kraft bevorzugt. Offerten über Leistungsfähigkeit und Lohnansprüche richtet man an
Wilhelm Becker, Messerschmied, Bayreuth.